Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 75 Goldpfennig monatlich zuzüglich 6 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verspätigung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 10 Goldpfennig. — Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. — Anzeigenannahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser", Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. Fernsprecher Nr. 1277.

Nummer 10 — Halle (S.), 5. März 1927 — 3. Jahrgang

Der Frieden in Waffen.

Der Krieg als Lehrmeister — Das heilige Mißtrauen — Frankreichs Sabotage — Festungen gegen Deutschland — Boncour und Painlevé — Die abgelehnte Washingtoner Konferenz — Japan dankt — England und Rußland — Uebersteigerte Grobheit — Russisches Spiel in China — Die Vorgänge im Baltenlande — Deutschland vermittelt nicht zwischen London und Moskau — Unterhaltungen in San Remo — Das Reichskonkordat — Zentrumsherrschaft — Annäherung an die bayrische Volkspartei — Das Reichsschulgesetz — Der siegreiche Partikularismus — Völkische Liebenswürdigkeiten — Industrielle Geldgeber — Mit Gott für König und Vaterland.

Der ewige Frieden ist ein Traum und auch nicht einmal ein schöner. So äußerte Moltke, der Feldmarschall. Man kann über den zweiten Teil dieses Satzes verschiedener Ansicht sein, und wir werden nicht gerade von einem Militär verlangen können, daß er für einen Idealzustand Verständnis hat, in dem das Heer zur Bedeutungslosigkeit verurteilt ist. Aber seine Zweifel an der Durchführbarkeit ihres großen Gedankens sind leider nur allzuberechtigt. Nach dem Weltkriege, der 12 Millionen Menschen frühe Gräber schaufelte und Ungezählte zu Krüppeln machte, hätte man eigentlich annehmen dürfen, daß die Menschheit in der Erkenntnis der Sinnlosigkeit blutiger Auseinandersetzungen erheblich vorgeschritten wäre. In der Theorie ist das auch der Fall. Niemals ist soviel von Abrüstung und Frieden gesprochen worden wie in unseren Tagen, und selten waren wir von beiden so weit entfernt wie heute. Das Mißtrauen der Völker untereinander ist stärker, als die Furcht vor Waffengängen, die nach den letzten Erfahrungen niemandem etwas nützen und Siegern wie Besiegten gleichmäßig schwersten Schaden zufügen. Die Völker lassen sich leider von diesem Mißtrauen der Regierungen leiten und wagen selten mehr als einen schüchternen Protest gegen Vorlagen, die Unsummen verschlingen und auf die Dauer die Entwicklung zu Kultur und Fortschritt lähmen.

Ein Musterbeispiel ist Frankreich, das noch aus tausend Wunden blutet und mit seinen erschöpften Kassen wie mit seiner geflichteten Jugend wirklich keine Veranlassung hätte, die Friedensbewegung zu sabotieren. Es hat zwar im Vertrage von Locarno die gewünschten Garantien erhalten und darf auf Grund schriftlicher Bestätigung hoffen, daß es bei dem gefürchteten Deutschenangriff, um den ein waffenloses Volk gar nicht denken kann, sofort die volle Bundeshilfe Englands und Italiens bekommt. Aber das Mißtrauen durchlöchert auch diesen Vertrag, auf den wir so stolz gewesen sind. Selbst die zerrütteten Finanzen hindern unsern westlichen Nachbarn nicht, gewaltig anschwingliche Ausgaben auf sich zu nehmen, nur um die „wirkliche" Sicherheit der eigenen Kraft zu gewährleisten. Die neue Militärvorlage bringt zwar scheinbar eine Entspannung, da sie die Dienstzeit auf ein Jahr vermindert. In Wirklichkeit aber ist das eine neue Verstärkung. Bei zweijähriger Dienstzeit wäre es nicht möglich, das gesamte Volk militärisch auszubilden. Deshalb hat man sich zu diesem Opfer entschlossen. So werden die Kasernen alljährlich geräumt, um dem Nachschub Namen zu gewähren, man hat das Ausbildungspersonal wieder frei und braucht dafür nicht mehr an Geldmitteln als bisher. Frankreich führt die Bewaffnung der ganzen Nation durch und schafft durch den Hilfsdienst auch die Möglichkeit, waffenuntüchtige Männer und alle Frauen heranzuziehen. Der Sozialist Boncour sieht darin ein nachahmenswertes Beispiel, während wir ganz entgegengesetzter Ansicht sind.

Dieser merkwürdige Pazifist behauptet auch, durch die Bestimmungen, wonach für Heereslieferungen nur Selbstkostenpreise berechnet werden dürfen, sei der Kriegshetze der Kriegsgewinnler ein Riegel vorgeschoben. Das klingt wundervoll, trifft aber vorbei. Wenn einmal die Kanonen sprechen, ist jedes Land eine belagerte Festung, in der die Preise von selbst steigen. Mehr brauchen Munitionsfabrikanten und Lebensmittelwucherer wirklich nicht, um sich die Taschen zu füllen. Ueber einen anderen Punkt aber ist er schamhaft hinweggeglitten. Er hat uns nicht verraten, wie er über die neuen Befestigungen denkt, für die 7 Milliarden Franken, also rund 1 Milliarde Goldmark ausgeworfen werden. Dieses Versäumnis hat der Kriegsminister Painleve nachgeholt und in einem Interview seine Anschauungen zum besten gegeben. Painleve ist Radikalsozialist, gehört also einer linksstehenden Partei an. Man kann sich danach ungefähr vorstellen, welche Anschauungen erst in den rechtsgerichteten Kreisen bestehen. Hier wird mit kühler Gelassenheit zugegeben, daß sich das eigentlich alles gegen Deutschland richtet. Paris sei nur 100 Kilometer von der Grenze entfernt und daher immer bedroht. Also von deutscher Seite. Einen anderen Sinn kann das gar nicht haben. Aber Painleve wird noch deutlicher. Die Festungen in Elsaß-Lothringen seien alle gegen Westen gerichtet, das ist selbstverständlich, da sie damals dem deutschen Schutz gegen Frankreich dienten. Nur gab es in jenen Tagen keinen Völkerbund und keinen Locarnovertrag. Wir wissen nicht, was Briand zu diesen Aeußerungen seines Kollegen gesagt hat, aber sie sind ein etwas merkwürdiges Gepäck für die Reise nach Genf.

Dort findet außer der Tagung des Rates auch eine erneute Besprechung über die Abrüstung statt, auf der das Reich durch den Grafen Bernstorff vertreten sein wird. Uebertriebene Erwartungen also soll man nicht hegen. Deutschland könnte zwar dort einige Sprengbomben werfen. Es besitzt die Möglichkeit dazu, solche Bestimmungen des Versailler Vertrages, wonach unserer nun endlich anerkannten Abrüstung automatisch die der anderen zu folgen hat. Aber selbst, wenn wir diesen Standpunkt energisch zur Geltung bringen würden, wäre das Echo nicht zweifelhaft. Man will nichts davon wissen und streut lediglich mit den ganzen Unterhaltungen den Völkern Sand in die Augen. Bisher wurden jedenfalls nur solche Thesen gegen England, Amerika und Deutschland angenommen, die auf eine Sabotage hinausliefen.

Auch die Abrüstungskonferenz in Washington, die sich ausschließlich mit der Marine befassen soll, ist schon zu Mißerfolg verurteilt. England hat zwar die Einladung angenommen, ohne Begeisterung dafür zu zeigen, aber Frankreich und Italien haben abgelehnt, und nun erklärt plötzlich Japan, drei Mann am Tische seien zu wenig. Unter solchen Umständen habe es auch keine Lust zu erscheinen. Man wird wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß Tokio hier in heimlichem Einverständnis mit London handelt. Die Engländer besitzen eine ausgesprochene Geschicklichkeit, die Verantwortung immer an andere abzuschieben. Sie sind jederzeit zu Friedensaktionen bereit, sobald sie sich vorher vergewissert haben, daß nichts daraus wird. So haben sie es im Haag gehalten, wo die Deutschen ihnen die moralische Last abnahmen, so in Genf und nun wieder in Washington. Allerdings muß man ihnen zugestehen, daß sie sich jetzt in einer schwierigen Lage befinden. Außer Italien haben sie niemanden an ihrer Seite. Frankreich rüstet zu Lande gegen uns und zu Wasser gegen Groß-Britannien. Die Vereinigten Staaten treiben ihre eigene Politik und verschlucken Mittelamerika Stück für Stück. Sie halten die Fahne der Ideale hoch, ohne das Kassabuch zu vergessen.

Der schlimmste Gegner ist natürlich Rußland, dessen Bestrebungen auf Weltrevolution in Europa aussichtslos sind — daran kann auch das Londoner Geschrei über Agitation in England selbst nichts ändern —, bolschewisieren aber Asien, was für die Westmächte viel unbequemer ist.

Parteifreunde,
vergeßt es nicht!

Werbet Mitglieder,
sendet Werbeanschriften ein.

Ganz gleich wie die chinesischen Wirren ausgehen, hat England diesen Markt verloren. Sein Handel ist in ständigem Abnehmen begriffen. Daher die Gereiztheit. Herr Chamberlain ist zwar für Vorsicht und wird dabei auch von Baldwin unterstützt, beide aber sind den Radikalen zum Schlage der Birkenhead, Amery und Churchill unterlegen. Eine kräftige Note wurde nach Moskau gesandt. Sie enthielt den Vorwurf der Heuchelei und Doppelzüngigkeit. Sie war ausgesucht grob, und ließ doch offenbar noch eine Steigerung zu, die Herr Litwinow in seiner Antwort auch sofort erklommen hat. Man kann es den Londoner Blättern nachfühlen, wenn sie von Unverschämtheiten reden, nur kommt es in der Politik auf das Ergebnis an. England hat sich zu einem vornehmen Schweigen entschlossen und wird die Note mit Nichtachtung bestrafen, während man in Moskau vermutlich darin einen ganz besonderen Triumph erblickt. Nimmt man noch hinzu, daß Rußland jetzt wieder in bessere Beziehungen zu Estland und Lettland tritt, während es dem polnischen Liebeswerben die kalte Schulter zeigt, und daß Warschauer Anregungen in Kowno eine kräftige Ablehnung erfuhren, so wird man dem diplomatischen Kampf am Baltischen Meer mit einiger Spannung entgegensehen dürfen.

Mit diesen Vorzeichen beginnt die Genfer Konferenz. Deutschland hat entschieden dementiert, daß es sich zum Vermittler zwischen England und Rußland hergeben werde. Das ist durchaus billigenswert, denn wir würden dabei nur zwischen zwei Feuer geraten, da keine dieser Mächte den ehrlichen Willen zu einer Verständigung mit der anderen hat. Auch ist Dr. Stresemann mit Arbeiten überhäuft. In seinem Hotel in San Remo haben zahlreiche Unterhaltungen stattgefunden. Der frühere englische Botschafter in Berlin, Lord D'Abernon, hat bei ihm vorgesprochen, natürlich nur privatim, wie das immer der Fall ist, die deutschen Diplomaten von Hoesch aus Paris, von Neurath aus Rom und unser Gesandter am Vatikan waren bei ihm. Selbstverständlich galt es den Vorbereitungen für die Tagung und hat nichts Auffälliges an sich. Anders steht es allerdings mit Herrn von Berger. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß der deutsche Vertreter bei der Kurie mit dem Reichsaußenminister über das Konkordat gesprochen hat. Und damit sind wir bei der inneren Politik angelangt.

Schon in der nächsten Zeit werden die Kulturfragen in den Vordergrund drängen. Es sind alle Vorbereitungen dafür getroffen worden. Das Zentrum hat die Leitung der Kulturabteilung im Reichsinnenministerium erhalten, dessen Aufgabe es ist, das Reichsschulgesetz zu entwerfen. Ueber seinen Inhalt braucht man sich danach keinen Illusionen mehr hinzugeben. Die Deutschnationalen werden schlucken, was von ihnen verlangt wird, nur um an der Macht zu bleiben. Die Deutsche Volkspartei kommt allerdings in arge Gewissensnöte. Es gibt dort zwar Abgeordnete, die schon heute triumphierend erzählen, man würde das Gesetz unbesehen annehmen, aber es handelt sich dabei um Männer, die durch keine liberale Vergangenheit belastet sind und deren Uebertritt zur äußersten Rechten gar nicht bemerkt werden würde. Die Partei selbst aber kann nicht so leichtfertig ihre eigenen Ziele verleugnen, ohne erhebliche Massen ihrer Anhängerschaft abzustoßen. Wir werden darüber wohl auf der Jubiläumstagung der nationalliberalen Partei am 19. März in Hannover noch Näheres hören.

Die Bedrängnis ist umso größer, als Zentrum und Bayerische Volkspartei unmittelbar vor der Wiedervereinigung stehen. In Kulturfragen macht es keinen Unterschied aus, da sie beide reaktionär sind. Wohl aber steht zwischen ihnen noch die Frage Reich und Länder. Bei der Geschmeidigkeit des Zentrums, das sich nie auf das starre System von Ueberzeugungen eingelassen hat, wird die Entwicklung nicht zweifelhaft sein. Erzberger ist tot und sein großes Werk der Reichsfinanzgesetzgebung hat schon jetzt in dem Finanzminister Dr. Köhler einen sonderbaren Hüter gefunden. Auch die Etatsrede des Zentrumsabgeordneten Dr. Brüning ließ weitgehende Schlüsse zu. Das Zentrum wird zunächst einmal partikularistisch auftreten und schon dadurch die deutsche Volkspartei arg verstimmen. Herr Dr. Breitscheid nahm in der „Welt am Montag" an, daß nun noch ein Zusammenschluß der Liberalen erfolgen würde, um eine gemeinsame Abwehrfront zu bilden.

Auch sonst ist das Parteigetriebe ganz interessant. Die völkische Fraktion ist zerplatzt und nichts bezeichnet ihres Daseins Spur. Die 15 Mann haben sich nach allen Seiten verflüchtigt. Schade darum ist es nicht. Es wurde etwas lebhafter beim Sterben als man früher annahm. Die gegenseitigen Enthüllungen sind allerliebst, auch in der massiven äußeren Form. Dabei erfahren wir von Herrn von Ramin, daß Hitler von Großindustriellen sein Geld erhalten hat. Er erwähnt ausdrücklich ohne Namensnennung einen bekannten Berliner Politiker. Schade, daß der „Lokal-Anzeiger" in solchen Dingen so verschlossen ist, sonst könnten wir vielleicht noch nachträglich den Namen hören. Ernster zu nehmen ist die Auseinandersetzung innerhalb der Deutschnationalen Partei. Die Konservativen rühren sich und haben ihre Selbständigkeit scharf unterstrichen. Mit Gott für König und Vaterland. Das ist bitter, eben erst haben Hergt und von Keudell den Eid auf die republikanische Verfassung geschworen und dabei die Billigung der Fraktion gefunden. Unüberwindbar stehen die Gegensätze nebeneinander. Der nächste Parteitag kann ganz amüsant werden.

Richard May.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270305-15/fragment/page=0001

Abgelehntes Mißtrauensvotum

Die Konkordatsfrage.

Von Oberstudiendirektor Dr. Bohner M. d. L.

Von den beiden Erklärungen zum Konkordat im Reich und in Preußen ist die preußische die ausführlichere; nur sie verrät in den vorsichtigen Wendungen, worauf sich die Vorbereitungen zu den Verhandlungen überhaupt erstrecken. Sie betont, daß man von der konkreten preußischen Lage ausgehe, nicht von abstrakt politischen Erwägungen. Mit anderen Worten, der völkerrechtliche Charakter des Konkordats wird als gegeben hingenommen; man stellt sich, nachdem einmal das bayerische Konkordat vorliegt, auch nicht auf den Standpunkt, daß der Abschluß eines Konkordats eben als eines gleichsam völkerrechtlichen Vertrags nur dem Reich zustehe. Noch weniger hält man sich mit gelehrten Erwägungen auf: nicht der Kanonisten, die ein Konkordat nur für ein vom Papst zugestandenes Privileg erklären, noch einzelner Staatsrechtslehrer, die es zuletzt zu einem Staatsgesetz machen wollen. Nicht unbekannt ist der preußischen Regierung, daß in Kreisen der schärfsten Staatsgesinnung jedes Verhandeln mit einer Kirche als ein Preisgeben von Teilen der Staatshoheit betrachtet wird, und daß man hier die **Regelung der kirchlichen Fragen durch ein Staatsgesetz** wünscht. Die preußische Erklärung sichert eine Prüfung auch nach dieser Richtung hin zu; aber offenbar verspricht man sich bei der preußischen Regierung nicht viel davon bei den politischen Machtverhältnissen und bei den verwickelten Grenzverhältnissen des Staates; gehören doch dem Sprengel deutscher und preußischer Bischöfe auch nichtdeutsche Gebiete an. Am wenigsten läßt man sich in Preußen von ungeklärten konfessionellen Regungen beeinflussen.

Es ist klar, daß der katholische Bevölkerungsteil aus Prestigegründen sich freut, wenn es zu einem förmlichen Vertrag zwischen dem Staat und seiner Kirche kommt; und sicher wird man in kirchlichen Kreisen den Abschluß eines Konkordats als einen Sieg feiern, obwohl die Vergangenheit lehrt, daß mit solchen Vereinbarungen, wie sie ja auch früher zwischen Preußen und der katholischen Kirche abgeschlossen wurden, gelegentlich auch nichts erreicht wurde. Man wird aber dem katholischen Bevölkerungsteil auch gewisse Erinnerungen an zurückliegende Zeiten gerechterweise nicht verargen dürfen und daraus verstehen müssen, wenn er eine vertragliche Sicherung seiner kirchlichen Belange auch nach der Sicherung in der Reichsverfassung wünscht. Die Tatsachen, die Rost in seinem Buch über die **Verquickung von Religion und Politik** in der preußisch-deutschen Geschichte zusammenstellt, sprechen eine deutliche Sprache. Umgekehrt ist im evangelischen Bevölkerungsteil der Rückfall in **mittelalterliche Auffassungen** und die völlige Preisgabe der Staatsrechte, wie sie das bayerische Konkordat gebracht hat, nicht ohne Eindruck geblieben. Die feindliche und herausfordernde Sprache, die man zurzeit auf katholischer Seite anschlägt, das Ablehnen jedes Zusammenwirkens in der Erziehung, jüngst die Ablehnung der Simultanakademie in Frankfurt a. Main, bleiben nicht ohne Eindruck. Man fürchtet, daß man auf der anderen Seite den Kampf sucht und hat daher Abneigung gegen jedes Verhandeln zwischen Staat und Kirche. Die preußische Erklärung überläßt die Auseinandersetzung hierüber den Konfessionen selbst.

Dafür gibt sie die Gründe an, die für eine Verhandlung sprechen. Sie nennt die territoriale Lage des Staates. Wer hinter den Zeilen zu lesen versteht, erkennt, man wünscht ein **Mitwirkungsrecht bei der Besetzung der Bischofsstühle**, die die Reichsverfassung dem Staat genommen hat und das er bei den bestehenden politischen Verhältnissen im Reich und in Preußen durch ein Staatsgesetz allein niemals zurückerhalten kann, ganz besonders mit Rücksicht auf die Grenzmarken. Beispiele? Seinerzeit durfte der Breslauer Fürstbischof nicht in das oberschlesische Abstimmungsgebiet, weil die Entente in ihm den **deutschen** Seelenhirten fürchtete. Der **Bischof Korum von Trier** hat die Errichtung eines besonderen Saarbistums verhindert und damit den Franzosierungsbestrebungen an der Saar einen starken Riegel vorgeschoben. Der **Bischof Schreiber von Meißen** hat die Ausbildung der Geistlichen für die Lausitzer Wenden von Prag nach Bautzen verlegt, sowie sich die ersten Anzeichen eines uns feindlichen Treibens im Wendentum zeigten. Man könnte sagen, für die Vertretung ihrer nationalen Belange in der Kirche müßten die deutschen Katholiken selber sorgen; sicher haben sie auch das Vertrauen zu ihrem geistlichen Oberhaupt, daß er darin auch ihre Rechte wahrt. Aber man pflegt beim Staat nirgends mit dem guten Willen allein zu rechnen. Wenig äußert sich die preußische Erklärung zu der **finanziellen** Auseinandersetzung, obwohl hier mit der Grund für die erstrebten Verhandlungen liegen dürfte. Das Reichsgericht hat kürzlich in einem Fall der Auseinandersetzung über das Eigentumsrecht an Schulgebäuden bei der Trennung von Kirchen- und Schulamt sich für den reinen privatrechtlichen Standpunkt entschieden und die Frage nach dem Zweck des Baus gänzlich beiseitegeschoben; nach dieser Entscheidung würde dem Staat überall im Falle der Trennung die Ausgabe für neue Schul- und Lehrhäuser aufgebürdet sein. Diese Frage und **die Auseinandersetzung über die Patronate** überhaupt sind nicht die einzigen vermögensrechtlichen Fragen, deren Klärung nötig ist. Nach Artikel 35 des Reichsdeputationsbeschlusses hat der Staat die Aufwendungen für die Kultusbedürfnisse zu tragen, weil er eben den Besitz der Kirche übernommen hat. Sind das die damaligen oder die heutigen Bedürfnisse? Die Kirche wartet immer noch auf die Regelung der Dotationsfrage. Wenn die Lage dabei auch nicht so schlecht ist wie bei der Fürstenabfindung, weil die Reichsverfassung in Artikel 138 ausdrücklich Gesetze für die Ablösung der Staatsleistungen an die Kirche vorsieht und damit nicht die Frage des verfassungsändernden Gesetzes hineinspielt, so ist u. U. doch durch eine Vereinbarung darüber rascher eine Lösung zu finden, als wenn der Weg der Gesetzgebung beschritten werden muß.

Glücklich oder wenigstens vorsichtig ist die preußische Erklärung auch dort, wo sie das Bereich der eigentlichen Kirchenfragen verläßt und an das zwischen Staat und Kirche strittige Gebiet der **Schule** rührt. Sie betont, daß man die Konkordatsfrage vom Standpunkt des konfessionellen Friedens prüft, daß die Rücksicht auf die besonderen konfessionellen Verhältnisse Preußens nicht vergessen werden darf; die sind aber durch die außerordentliche Mischung der Konfessionen gekennzeichnet, die eine starke Betonung der Staatshoheit und Widerstand gegen jede Klerikalisierung der Schulen zur Pflicht macht. Ist es zu viel behauptet, wenn man gerade in den dahinzielenden Sätzen der Erklärung die Ablehnung eines Konkordats nach bayerischem Muster erblickt? Die Erklärung verweist auch hier auf die Verfassung und die Entscheidungen im Reich. Ein **Reichskonkordat** ist ja dadurch so verschieden von einem Landeskonkordat, daß hier die unmittelbaren verwaltungs- und vermögensrechtlichen Fragen ausscheiden. Was soll in einem Reichskonkordat stehen? Ein Konkordat mit dem deutschen Volkstum, wie es in manchen deutschnationalen Gehirnen zu spuken scheint, ist natürlich unmöglich. Die Kirche kann sich doch unmöglich auf den deutschen oder polnischen oder italienischen Charakter festlegen. Die kirchliche Versorgung unserer Volksgenossen im Ausland ist neuerdings von der Kirche selbständig aufgegriffen und dem Protektorat des Kölner Kardinals unterstellt worden. Man wird von einem Reichskonkordat vielleicht allgemeine Zusagen erwarten dürfen, im Grunde Wiederholungen des in der Reichsverfassung über die Kirche Gesagten.

Man kann es verstehen, wenn die Kirche sich noch eine gleichsam **völkerrechtliche Sicherung der Zugeständnisse in der Reichsverfassung** geben lassen möchte. Bedenklich aber und gefährlich scheint, daß in einem Reichskonkordat auch Bestimmungen über die **strittigen Gebiete**, insbesondere Ehe und Schule, enthalten sein könnten. Hier muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß **keine Reichsregierung** in einem **Konkordat Bestimmungen** über das **Schulwesen treffen kann**, bevor ein **Reichsschulgesetz** die Fragen geregelt hat. Daß aber das konfessionelle Reichsschulgesetz, wie man es heute anstrebt, mit der Reichsverfassung nicht zu vereinbaren ist, geht schon aus der letzten Entscheidung des Reichsgerichts zur Simultanakademie in Preußen hervor, wo deutlich die ausnahmsweise Einrichtung von Volksschulen als konfessionelle und weltanschauliche als der Inhalt von Artikel 146,2 der Verfassung bezeichnet wird. Dem katholischen Volksteil sollten auch die Nöte bei der Unterbringung der katholischen Flüchtlings-, Junglehrer und Studienassessoren die Frage nahelegen, ob er wirklich bei der konfessionellen Absonderung am besten fährt.

Es ist klar, daß bei der Frage nach dem Konkordat immer die Verhältnisse der katholischen Kirche im Vordergrund der Beachtung stehen. Man darf nicht vergessen, wenn auch die Regierungserklärungen darüber schweigen, daß jedes Konkordat seine Rückwirkungen auch auf die Beziehungen des **Staates zur evangelischen Kirche** hat, und daß auch die Frage geprüft werden muß, wie weit durch Zugeständnisse an die eine Kirche der Staat die Klerikalisierung auch der anderen fördert. Und darin wird man ebenfalls eine Gefahr bei allen diesen Verhandlungen sehen. Wir waren in Deutschland vor einer Klerikalisierung unseres ganzen Lebens behütet, solange die evangelische Kirche sich von ihr freihalten konnte und ihre Deckung dafür beim Staate hatte. Aus der Verschiebung dieses Verhältnisses kommen heute die eigentlichen Schwierigkeiten.

D. D. P.
Magdeburg

Politische Aussprache

Sonntag, den 13. März vormittags 11 Uhr

in der

Freundschaft.

Ueber

politische Gegenwartsfragen

spricht Abgeordneter

Hartmann

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Demokratische Wirtschaftstagung in Berlin

Revision des deutschen Zolltarifs. — Fortführung von Reinholds Politik.

Am Sonnabend, den 26. Februar, tagte in **Berlin** unter außerordentlich reger Beteiligung aus allen Teilen des Reiches der Gesamtvorstand des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe beim Hauptvorstand der D. D. P. unter Leitung seines Vorsitzenden Geh. Kom. Rat Dr. **Wieland**, M. d. R., und unter Anwesenheit des Parteivorsitzenden **Koch**. Zu den **Handels- und zu den zollpolitischen Fragen** hielt Staatssekretär **a. D. Meyer**, M. d. R., einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag. Die sehr eingehende Aussprache, die sich auch insbesondere mit den durch den deutsch-polnischen Handelskrieg aufgeworfenen Fragen beschäftigte, führte zur einstimmigen Annahme folgender Entschließung:

„Der Reichsausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe hält es für geboten, daß Deutschland nach Kräften bemüht ist, einer Politik der Abtragung der Zollmauern in Europa zur Geltung zu verhelfen.

Von diesem Gesichtspunkt aus fordert er die **sofortige** Inangriffnahme der **Revision des deutschen Zolltarifes** unter Berücksichtigung der Exportbedürfnisse der deutschen Wirtschaft und die größte Aktivität zwecks Abschlusses von den Export begünstigenden Handelsverträgen mit Tarifbindungen. Der **deutsch-polnische Wirtschaftskrieg** darf nicht ohne zwingende Gründe verlängert werden.

Einer besonders schnellen Erledigung bedarf die Bemessung der **Agrarzölle** für die Zeit nach dem 31. **März** 1927. Hierbei müssen diese Zölle auf einen längeren Zeitraum festgesetzt werden, damit ebenso wie der Landwirtschaft auch den beteiligten Handels- und Industriekreisen die auch im Interesse der Volksernährung notwendigen Dispositionen auf weite Sicht ermöglicht werden."

Zu den Fragen der Finanz- und Steuerpolitik erstattete Reichstagsabgeordneter Dr. **Fischer** einen mit großer Zustimmung aufgenommenen Bericht, in dem er sich erneut besonders eingehend mit den ursachlichen Kritikern der Reinholdschen Finanzpolitik auseinandersetzte. Die Beratungen führten zur Annahme folgender Entschließung: „Der Gesamtvorstand des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe stellt fest, daß dank der demokratischen Finanz- und Steuerpolitik der Jahre 1925 und 1926 einer Gesundung des Verhältnisses zwischen Volkswirtschaft und Steuern die Wege geebnet, der Zinsfuß gesenkt, und damit eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Ueberwindung der schweren Wirtschaftskrise geschaffen worden ist. Angesichts der jüngsten Etatsdebatten des Reichstages und der dabei erhobenen unbegründeten Vorwürfe gegen die Reinholdsche Finanzpolitik spricht der Reichsausschuß **mit Nachdruck dem Reichsminister a. D. Reinhold sein Vertrauen aus. Er ersucht die demokratische Reichstagsfraktion, im Interesse der gesamten Wirtschaft den Kampf um eine Fortführung der Richtlinien der Finanzpolitik des Jahres 1926 aufzunehmen.** Mit ernster Besorgnis muß der Etatsdebatte entnommen werden, daß die Reichsfinanzpolitik erneut dazu übergehen will, den engeren fiskalischen Gesichtspunkten den Vorrang vor dem volkswirtschaftlich Notwendigen zu geben, und daß die auch im Jahre 1927 zu erwartenden Mehrerträge aus steuerlichen Einnahmen statt zu Steuersenkungen zu einer Erhöhung der Reichssteueranteile der Länder und Gemeinden verwandt werden sollen, wodurch die Voraussetzungen für eine den staats- und volkswirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende vernünftige Regelung des endgültigen Finanzausgleichs erneut erschwert werden. Das Zurückgleiten der Finanz- und Steuerpolitik auf die Richtlinien des Jahres 1925 muß verhindert werden. Der Reichsausschuß richtet an die gesamte deutsche Wirtschaft die dringende Mahnung, die Demokratische Partei in diesem Kampf auf das Entschiedenste zu unterstützen."

Der preußische Handelsminister über Wirtschaftsprobleme.

Der Hauptausschuß des preußischen Landtags begann am Dienstag die Vorberatung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Handelsminister Dr. Schreiber

führte aus: Die staatlichen Elektro-Unternehmungen im letzten Jahre haben sich befriedigend entwickelt. Die Zunahme des Stromabsatzes erklärt sich aus neuen Anschlüssen und aus der Besserung der Konjunktur. Angriffe gegen eine Verquickung der Ausübung des Hoheitsrechtes mit den Geschäftsinteressen der staatlichen Elektrizitätswirtschaft sind unberechtigt. Neben der Elektrizitätswirtschaft nimmt aber

das Problem der Ferngasversorgung

immer mehr an Bedeutung zu. Jedoch sind dabei noch verschiedene Fragen zu klären, so die Wirtschaftlichkeit der Zusammenarbeit der Erzeuger mit kommunalen Interessen, die Beteiligung der verschiedenen Erzeugungsgebiete, Ueberwindung der Schwierigkeiten, die sich etwa aus dem Widerstand einzelner Interessenten ergeben.

Der Minister ging dann auf

das Luftverkehrswesen

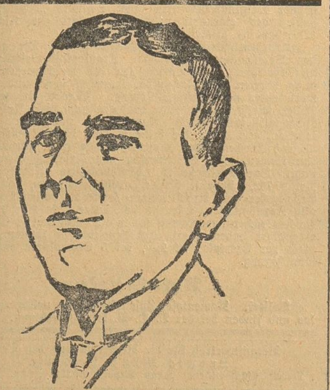
über, das nach seiner Meinung im letzten Jahre wesentliche Fortschritte gemacht habe. Die Gesamtkilometerleistung von 4949 Millionen im Jahre 1925 sei auf 6141 Millionen im Jahre 1926 gestiegen. Die Passagierbeförderung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270305-15/fragment/page=0002

ung habe um 50,3 Prozent, die Frachtbeförderung um 55 Prozent und die Postbeförderung um 86,4 Prozent genommen.

*

Für die deutsche Wirtschaft war das Jahre 1926 ein ahr der Konsolidierung und allgemeinen Kräftigung. ei der außerordentlich hohen Zahl der Erwerbslosen, e wir gegenwärtig noch haben, ist zu bedenken, daß im



Der neue preußische Justizminister

Dr. jur. Schmidt (Lichtenberg)

Dr. jur. Hermann Schmidt, preußischer Landtagsabgeordneter r Zentrumspartei und Senatspräsident am Kammergericht in erlin-Lichtenberg, wird in den nächsten Tagen an Stelle des krankten Am Zehnhoff zum preußischen Justizminister ernannt rden.

origen Jahre um die gleiche Zeit neben den Vollerwerbslosen noch ein etwa ebenso großer Teil von Kurzarbeitern vorhanden war; die Zahl der Kurzarbeiter ist doch zurzeit ganz wesentlich niedriger als damals.

Zurzeit ist die Zahl der Konkurse bereits seit Wochen esentlich niedriger als in der Vorkriegszeit, obwohl die ahl der Firmen im ganzen erheblich größer ist als damals. Die Kreditverhältnisse haben sich ebenfalls nicht erheblich verbessert.

Die Sparkasseneinlagen

eisen seit etwa zwei Jahren eine monatliche Zunahme m 100 Millionen Mark auf. Ein erfreuliches Zeichen es auch, daß viele Kassen im Jahre 1926 ihren Eingebestand verdoppeln konnten. Eine ähnlich günstige ntwicklung ist bei den Kreditgenossenschaften zu beobachten. — Die Frage, ob die kleinen Industrieunternehmungen etwa durch

Schaffung von Industrieschaften,

nlich wie in Sachsen, langfristige Kredite beschafft erhalten sollen, gewinnt eine erhebliche Bedeutung. Diese ngelegenheit wird zurzeit geprüft und demnächst entschieden werden. Die allmähliche Gesundung unserer irtschaft findet auch in der Entwicklungsstatistik ihren ffernmäßigen Ausdruck. Unser Export betrug im Jahre 912 9 Milliarden Mark, im Jahre 1913 11 Milliarden ark, im Jahre 1925 8,8 Milliarden und im Jahre 1926 9 Milliarden. Es ist dabei zu beachten, daß unser Wirtschaftsgebiet wesentlich kleiner geworden ist, daß andererseits aber auch die Geldentwertung den Wert der Zahlen rk beeinflußte.

In der Arbeiszeit

ht die preußische Regierung auf dem Standpunkt, daß r Achtstundentag als Normalarbeitstag wieder stärker tont werden muß. Dadurch wird die wirtschaftlich notwendige Mehrarbeit keineswegs ausgeschlossen. Die Zuschläge für die behördlich geregelte Mehrarbeit, die der twurf der Reichsregierung nur für Arbeiter vorsieht, üssen auch auf die Angestellten ausgedehnt werden. Die beitnehmer müssen sich jedoch zur Erzielung eines befriedigenden Kompromisses bereit erklären, im Bedarfsfalle ausreichende Mehrarbeit zu leisten, wenn die Unternehmer für die tarifliche Mehrarbeit angemessene Zuschläge bezahlen.

---

ehördenstreit über die Siedlung

Denkschrift des Reichsarbeitsministers gegen Preußen.

Auf Grund zahlreicher in der Oeffentlichkeit erhober Angriffe hatte sich vor kurzem Ministerialdirektor ticus vom Preußischen Landwirtschaftsministerium verlaßt gesehen, eine Denkschrift „**Tatsachen zur Siedlung**" r Oeffentlichkeit bekannt zu geben, in der der preußische andpunkt hinsichtlich der Siedelungsfrage gerechtfertigt rden sollte und in der im besonderen schwere Vorwürfe gen die Reichsregierung und gegen das Reichsarbeitsministerium erhoben wurden. Infolgedessen sah sich das ichsarbeitsministerium zu einer Klarstellung genötigt. n Siedlungsausschuß des Reichstags wurde von allen rteien eine Erwiderung auf die preußische Denkschrift fordert.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" mitteilt, gt diese Denkschrift jetzt vor. Der Reichsarbeitsminister auns wendet sich in temperamentvoller Weise gegen Angriffe, die gegen sein Ministerium erhoben worden d. Einleitend gibt diese Denkschrift eine Darstellung r **verfassungsmäßigen Zuständigkeit auf dem Siedlungsgebiete**, denn von preußischer Seite war behauptet worden, daß Urbarmachung und Besiedlung eine so gut wie schließlich preußische Angelegenheit sei. Der Reichsarbeitsminister sagt dagegen, daß es sich bei der Siedlung nicht bloß um das zu besiedelnde Land, sondern auch um die anzusetzenden Siedler handelt. Preußen wird nicht bestreiten können, daß das Recht auf Siedlung auf preußischem Gebiet **allen** deutschen Staatsbürgern zusteht, nicht bloß den preußischen. Die Siedlungsfrage hat für das Reich, nicht bloß für Preußen, wirtschaftliche, soziale und hochpolitische Bedeutung. Schließlich ist das Interesse des Reiches an der Siedlung auch dadurch gegeben, als gefordert worden ist, daß das Reich sich finanziell an den Kosten der Siedlung beteiligen müsse. In der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums wird aber gesagt, daß das Reich niemals die Entfaltung einer eigenen Siedlungstätigkeit in einem Gliedstaat in die Hand habe nehmen wollen. Ausführende Organe der Siedlung, auch bei der Verwendung der Reichsgelder, sollten die in den Ländern bestehenden oder von diesen errichteten Organe und Behörden sein, also die gemeinnützigen und privaten Siedlungsgesellschaften, die Siedlungsgenossenschaften und Kulturämter. Strittig war lediglich die Frage, auf welchem Wege gewisse grundsätzliche Belange des Reiches bei der Verteilung und Verwaltung der Reichsgelder gesichert werden sollten und könnten. So war u. a. der Vorschlag gemacht worden, die sogenannte Ostsiedlung unter Aufrechterhaltung der dem Landwirtschaftsministeriums unterstellten preußischen Ausführungsorgane, einer Person zu unterstellen, die gleichzeitig **Reichs- und Staatskommissar für die Ostsiedlung** gewesen wäre, und über deren Ernennung sich Reich und Preußen hätten verständigen müssen.

Hinsichtlich der **Ostsiedlung** wurden erhebliche **Einwendungen gegen die bisherige preußische Siedlungsmethode** erhoben. Es wurde auf die Heranziehung ungeeigneter Siedlungsträger, auf die ungünstigen Erfahrungen, die mit den Kulturämtern gemacht worden waren und auf die viel zu weitgehende Zentrale behördlicher Beeinflussung der Siedlungsgesellschaften hingewiesen. Aus diesen Gründen konnte im Hinblick auf die politische Verantwortung der Reichsregierung eine darlehnsweise Hingabe von Mitteln ohne die Möglichkeit sachlichen Einflusses nicht in Frage kommen.

Die Verhandlungen zwischen Reich und Preußen über die **Anwendung der Reichsgelder** für Siedlungszwecke werden in der preußischen Denkschrift unvollständig und unrichtig wiedergegeben. Die Verhandlungen über die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten haben sich mehrere Monate lang hingezogen. Schließlich wurden gewisse Richtlinien vereinbart und nun behauptet die Denkschrift, daß die preußische Regierung in der Folgezeit diese Vereinbarungen nicht in allem eingehalten habe. Der Ausschuß der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt sollte über diese Anträge entscheiden, aber nicht nur das Landwirtschaftsministerium, sondern auch die nachgeordneten Behörden hätten derartige Kreditanträge zurückgehalten. Weiterhin hat Preußen dagegen Einspruch erhoben, daß ein Beauftragter des Siedlungsausschusses einzelne Siedlungsgüter besichtige. Preußen begründete diese Ablehnung damit, daß eine solche Besichtigung einen **Eingriff in preußische Hoheitsrechte (!)** bedeute; schon die Beanstandung eines Gutachtens, eines preußischen Gutachters müsse notwendig eine Beeinträchtigung der preußischen Staatsautorität darstellen. Zur Beseitigung dieser Unstimmigkeiten mußten wiederum Verhandlungen stattfinden, die bis jetzt noch zu **keinem endgültigen Ergebnis** geführt haben.

Die preußische Denkschrift macht dem Reich den Vorwurf, die **Geldmittel nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt** zu haben. Das Reich antwortet: Als im Frühjahr 1926 ein Reichsvertreter auf die verstreichenden Kaufsmöglichkeiten hinwies, erklärte der preußische Vertreter, der **Ankauf von Siedlungsland** eile durchaus nicht, der Tiefstand der Güterpreise werde voraussichtlich erst im Jahre 1927 erreicht. Die Siedlungsgesellschaften hätten deshalb Anweisung erhalten, die **Kaufverhandlungen möglichst hinzuziehen.** Es hat sich dann herausgestellt, daß Preußen den Bedarf an Mitteln für Ankaufszwecke weit überschätzt hatte. Bis zum 1. Januar 1927 hat der Siedlungsausschuß Reichskredite in Höhe von rund 13 Millionen Reichsmark zum Ankauf von 13 360 Hektar Land bewilligt. Aehnliche Vorwürfe wie bei der Ostsiedlung werden hinsichtlich der Westsiedlung und der **Flüchtlingssiedlung** erhoben. In den Fragen der Flüchtlingssiedlung hat Preußen in keiner Weise, die lediglich auf ein sachliches wirtschaftliches Ergebnis gerichteten Wünsche des Reiches berücksichtigt. In andern Ländern wurde diese Angelegenheit in Uebereinstimmung mit dem Reiche glatt erledigt. Das gilt im besonderen für Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns schließt seine Denkschrift mit den Worten: „Die der Mitwirkung des Reiches bei der Förderung des landwirtschaftlichen Siedlungswerkes entgegenstehenden Hemmungen hätten sich bei einem vertrauensvollen Zusammenwirken Preußens mit dem Reiche leicht beheben lassen. Das Reich hat die Versuche einer gedeihlichen Zusammenarbeit mit Preußen

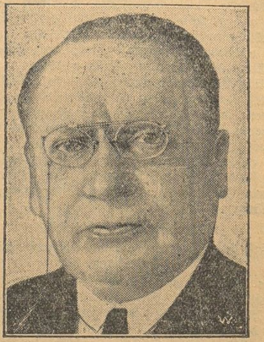
Dienst am Vaterlande

ist für uns die politische Arbeit. Unsere Ideen marschieren. Wir freuen uns dessen. Stärker wuchtiger und erfolgreicher können wir arbeiten, wenn alle demokratisch Gesinnten sich zusammenfinden. Freunde werbet für die Deutsche Demokratische Partei,

es lohnt sich, dafür zu arbeiten!

immer wieder erneuert und dabei den preußischen Hoheitsrechten stets die vollste Beachtung geschenkt."

Soweit die Denkschrift des Reichsarbeitsministers. Zusammenfassend kann jedenfalls gesagt werden, daß kostbare Zeit verstrichen ist, ohne daß die große Siedlungsarbeit so weiter geführt worden ist, wie sie hätte weitergeführt werden können. Nunmehr werden sich die Parlamente der Angelegenheit annehmen müssen, um die persönliche und sachlichen Widerstände gegen die Siedlung zu beseitigen. Das Siedlungsproblem ist für die Zukunft unseres Volkes zu bedeutsam, als daß es durch eine Bürokratie zum Erliegen gebracht werden dürfte.



Litwinow,

Tschitscherins Vertreter, der die scharfe Antwortnote Rußlands an England verfaßte.

Demokratische Forderungen im Wehretat.

Die Vertreter der demokratischen Fraktion im Reichstagshaushaltsausschuß haben zum Wehretat die nachfolgenden Entschließungen eingebracht:

Der Ausschuß wolle beschließen, der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, bei kommenden internationalen Verhandlungen mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles, Artikel 173—175 baldmöglichst eine Abänderung in der Weise erfahren, daß das Deutsche Reich in die Lage versetzt wird, durch Schaffung einer auf dem **Milizsystem** beruhenden Wehr seine Landesverteidigung dem nationalen Bedürfnis entsprechend zu gestalten.

Der Ausschuß wolle beschließen, der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, durch internationale Verhandlungen auf eine alsbaldige Abänderung der auf Grund des Artikels 168 Abs. 1 des Versailler Vertrages getroffenen Vereinbarungen hinzuwirken, damit im Interesse des Reiches und der allgemeinen Wirtschaft das künstlich geschaffene **Monopol** einiger weniger Fabriken **für Herstellung von Waffen und Munition** schnellstens ein Ende findet, sodaß in Zukunft dem Reichswehrministerium eine ausreichende Auswahl industrieller Unternehmungen zur Verfügung steht und somit die Möglichkeit entsprechender Regulierung der Preise gegeben ist.

Der Ausschuß wolle beschließen, der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Preise für die Lieferungen seitens der gegenwärtig zur **Herstellung von Waffen und Kriegsmaterial** zugelassenen Fabriken zu **Selbstkosten zuzüglich eines festgesetzten Gewinnzuschlages** berechnet werden, daß die Prüfung dieser Selbstkosten laufend vom Rechnungshof des Deutschen Reiches vorzunehmen ist, und daß die im Haushalt für die Umstellung der vorbezeichneten Fabriken ausgeworfenen Summen, sofern sie einen dauernden Wertzuwachs der betreffenden Werke darstellen, lediglich als Darlehen gegeben werden.

Der Ausschuß wolle beschließen, der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, mit dem nachjährigen Haushaltsplan einen wesentlich **vereinfachten Verwaltungs- und Organisationsplan für die Reichsmarine** vorzulegen.

Soziales

Die Angestellten zum Arbeitszeitnotgesetz!

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten erläßt folgende Kundgebung:

Die anhaltende Arbeitslosigkeit kann ohne das von den Spitzengewerkschaften geforderte Arbeitszeitnotgesetz nicht wirksam eingedämmt werden. Für die Angestellten ist die Schaffung eines Arbeitszeitnotgesetzes besonders notwendig. Infolge Ueberspannung der Nationalisierungsmaßnahmen sind viele tausende Angestellte mehr abgebaut worden, als es überhaupt die Rücksicht auf eine ordnungsgemäße Weiterführung der Betriebe zuließ. Wohlverstandenes Interesse der Wirtschaft gebietet, daß alle Maßnahmen ergriffen werden, die beitragen, die Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern.

Für die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse muß die achtstündige tägliche Arbeitszeit als Höchstmaß angesehen werden. Die mit dem technischen Ausbau der Betriebe verbundene Anspannung der Arbeitskraft erfordert einen Ausgleich durch Verkürzung der Arbeitszeit. Nach eigenen Eingeständnissen von Unternehmervertretern war bereits vor dem Kriege die Arbeitszeit für Angestellte bei geringer Arbeitsintensität vielfach kürzer als im Augenblicke.

Für die Wirtschaft ist die Rückkehr zu einer 8stündigen täglichen Arbeitszeit durchaus möglich und tragbar, wie die in letzter Zeit bereits durch die öffentlichen Erörterungen veranlaßte Einstellung übermäßig langer Ueberarbeit beweist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270305-15/fragment/page=0003

Die auf dem Gebiete der Arbeitszeit vorhandenen Mißstände lassen sich nur ausschließen, wenn die Zulässigkeit der freiwilligen Mehrarbeit beseitigt wird. Die praktischen Erfahrungen lehren, daß von einer tatsächlichen freiwilligen Mehrarbeit nicht gesprochen werden kann. Solange die sogenannte freiwillige Mehrarbeit zugelassen ist, sind die Angestellten gegen eine übermäßige Anspannung ihrer Arbeitskraft nicht geschützt.

Der gegen das Arbeitszeitnotgesetz erhobene Einwand, daß damit der schematische Achtstundentag eingeführt würde, ist ein Schlagwort. Der von den Gewerkschaften ausgearbeitete Entwurf sah bereits Ausnahmen für wirklich begründete Notfälle vor. Die Angestellten erheben allerdings Anspruch darauf, daß jede in Notfällen über die 8stündige tägliche bezw. 48stündige wöchentliche Arbeitszeit hinaus geleistete Ueberstunde mit einem besonderen Zuschlag vergütet wird, da die Mehrarbeit den Unternehmen erhöhten Gewinn einträgt. Auf der anderen Seite verhindern Ueberstundenzuschläge eine mißbräuchliche Ausnutzung der Ausnahmen.

Ist es der Regierung ernst mit ihrem sozialen Programm, so muß sie jetzt handeln. Die unverminderte Zahl und die wachsende Not der Erwerbslosen dulden keinen längeren Aufschub.

Kaufmannsgerichtsurteil.

Eine Anstellung auf Probe berechtigt nicht zu täglicher Entlassung.

Das Kaufmannsgericht Breslau hat, wie der „Gewerkschaftliche Pressedienst" mitteilt, in einem Urteil (A. Z. Xb 1005-26) diese Auffassung erneut bestätigt.

In der Begründung des Urteils heißt es:

Der Kläger war Handlungsgehilfe in Diensten der Beklagten. Er hat als Handlungsgehilfe für den Fall, daß eine anderweite Kündigungsfrist nicht vereinbart wird, Anspruch auf die Kündigungsfrist des § 66 HGB. Dies gilt auch dann, wenn ein Handlungsgehilfe zur Probe angenommen wird, es sei denn, daß eine ganz bestimmte Probezeit vereinbart wird. Auch diese Ausnahme liegt hier nicht vor, so daß gemäß § 66 HGB. der Kläger Fortzahlung bis Ende September 1926 fordern darf. Irgend ein Grund, aus dem die Beklagte gemäß § 70 HGB. hätte fristlos kündigen dürfen, ist nicht dargetan. Es war daher — wie geschehen — zu erkennen.

Die Zahlung von 43,— RM., die am 30. d. M. zu leisten sein wird, betrifft die erste Hälfte des Monats. Ob der Kläger auch für die zweite Hälfte des Monats, für die das Dienstverhältnis an sich fortbesteht, Gehalt fordern darf, hängt noch davon ab, ob er in der Zwischenzeit anderweit Stellung findet.

Neue Bücher

Das neue Heft der „Vierten Wand" (Zeitschrift der „Deutschen Theaterausstellung Magdeburg 1927") wird durch einen programmatischen Artikel von Hans Knudsen eröffnet, der in außerordentlich anschaulicher Weise, in vorbildlicher Klarheit und Knappheit die Entwicklung des schauspielerischen Stils vom Mysterienspiel des Mittelalters bis zur Gegenwart schildert. Da die Theaterwissenschaft eben erst beginnt, sich dieses ihres subtilsten Problems erfolgreich anzunehmen, ist eine solche Darstellung aus der Feder eines ersten Sachkenners von außerordentlichem Werte.

Lotte Pritzel, die im Begriff steht, sich von ihren berühmten Puppen zur Mitarbeit am lebendigen Theater zu wenden, legt ihre Anschauungen über das Kostüm auf der Bühne nieder; der verstorbene Altmeister der deutschen Schauspielkunst und wesentliche Förderer ihrer geschichtlichen Erkenntnis Adolf Winds plaudert vom alten Burgtheater und zeichnet dabei „ein Bild, das ein bischen nachdunkelt erscheint; doch Museumsbilder haben das so an sich".

Der Hamburger Charakterspieler Hans Kreidemann [illegible] in einem novellistischen „Maskentanz" die psychologische [illegible] lyse eines Grenzfalls der Schauspielkunst. Hans Gengecke [illegible] net die Forderungen und Probleme, vor die der Theate[illegible] tiker der Gegenwart gestellt ist. August Kruhm berichtet [illegible] den Beifall im Theater in Vergangenheit und Gegenwart [illegible] Georg Richard Kruse, dessen Verdienst es ist, das 2[illegible] Lortzings in allen Einzelheiten erhellt zu haben, geht [illegible] Beziehungen des Meisters der deutschen komischen Oper [illegible] Magdeburg nach.

Mitteilungen über das Werden der Deutschen Thea[illegible] Ausstellung runden das Heft, das mit Abbildungen der M[illegible] heimer Original-Dekoration von Schillers „Räuber" (1[illegible] sowie des eigenartigen Bauerntheaters in Kiefersfe[illegible] (Oberbayern) geschmückt ist.

Krankenkassen-Beitrags-Dauer-Tabellen. Die zeitrau[illegible] den Berechnungsarbeiten der Krankenkassenbeiträge u[illegible] Berücksichtigung der Vorschriften der Reichsversicherungs[illegible] nung harren schon lange bei Krankenkassen und Unter[illegible] nern einer vereinfachten Lösung. Gerade in den jetz[illegible] Zeiten wirtschaftlicher Nöte bedingen auch diese Arbeiten [illegible] Rationalisierung durch Anwendung praktischer Beitr[illegible] tabellen, aus denen die fälligen, dem Entgelt entspreche[illegible] Tages-, Wochen- oder Monatsbeiträge glatt abgelesen [illegible] den können. Im Selbstverlag von Friedrich Lang, De[illegible] stadt, Barthausstraße 25, Postscheckkonto Frankfurt a. [illegible] Nr. 30 702, ist eine Dauer-Tabelle erschienen, aus der [illegible] Arbeitgeber- und Arbeitnehmer- sowie die vollen Beiträge [illegible] alle Krankenkassen, insoweit sie unter die Vorschriften [illegible] Reichsversicherungsordnung fallen und stufenweise Grundl[illegible] eingeführt haben, glatt abgelesen werden können. Ge[illegible] preis per Exemplar ℳ 2,—, bei 5 Exemplaren entsprech[illegible] Ermäßigung.

Briefkasten

Polizei. Namenlose Zuschriften sind vollkommen z[illegible] los und finden bei der D. D. P. keine Beachtung.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Münz, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Allg. Ztg.). Dellsh[illegible]

Total-Ausverkauf
wegen Aufgabe d. Geschäfts.
Trotz der billigen Preise gewähre ab heute außerdem noch
15% Rabatt
Versäumen Sie nicht die günstige Gelegenheit, sich schon jetzt mit Konfirmationsgeschenken einzudecken
Besondere Angebote:
Damen-Taschen, Besuchs- u. Beuteltaschen, Manikuren u. Toilettekasten, Reisenecessaires Geld-, Brief- und Zigarrentaschen, Schulranzen, Akten- und Schreibmappen, Schüler- und Mustertaschen.
Koffer aller Art.
Offenbacher Lederwaren
Alte Ulrichstraße Nr. 17.

Hotel u. Restaurant
„Weißer Bär"
Bes. Ad. Thürnagel.

Kriegsbeschädigte!
Eure wirtschaftliche Interessenvertretung ist einzig und allein der auf republikanischem Boden stehende
Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen.
Ausreichende Versorgung und Fürsorge ist sein Ziel, seine Parole: Nicht Dank, sondern Recht! Deshalb
Hinein in den Reichsbund!
Anmeldungen nehmen entgegen:
Gaugeschäftsstelle Magdeburg, Alte Ulrichstraße 18.
Bezirksgeschäftsstelle Halle, Dryanderstraße 10 III.

Otto Wolters
Kölner Str. 18 Tel. 113
Bürg. Gaststätte m. Fleischereibetr.
Geöffnet früh 7.30 Uhr

KAVAUMA
KRANKENKASSE DES KAUFMÄNNISCHEN VEREINS | GEGR. 1899
DIE BESTE VERSICHERUNG GEGEN KRANKHEIT

Feinste frische
Oldenburger Tafelbutter
in Postpaketen zu den billigsten Tagespreisen direkt ab
Molkerei Altjührden in Oldenburg.

Denken Sie daran Ihre
Familien-Anzeigen
auch in unserer Zeitschrift aufzugeben.

Fußbodenholzmatten
Jalousien, Rolläden,
Reparaturen, Reparaturmaterial
Jalousiefabrik Schmidt
gegründet 1871.
Magdeburg, Heiligegeiststr. 24, Tel. 92[illegible]

W. Trint
Inhaber des altbekannten Restaurants
Goldene Tasche
Harzstraße 6 Telefon 4711
Warme und kalte Küche zu jeder Tageszeit
Festsaal

Conitzer & Co.
ASCHERSLEBEN
Das führende Kaufhaus

Wilhelm Kobelt's
ff. Wurstwaren
ff. Fleischwaren
Altrenom. Wurst- u. Fleischw.-Fabr.
Magdeburg
Bärplatz Fernruf 7282

Hohenzollern-Park.
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag ab 3½ Uhr
Kaffee-Konzert
mit
Kleinkunst-Bühne.

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Tüchtiger Kaufmann
in allen Kontorfächern bewandert, die letzten Jahre als Reisender tätig gewesen, aber durch die wirtschaftl. Verhältnisse sehr gelitten, sucht Stellung. Ist auch imstande, Gewerbetreibenden die Buchführung etc. stundenweise in Ordnung zu halten. Offerten unter M. R. 100 an M. Ueld. Rundsch.

1 modern möbliertes
helles Büro
mit Telefon
1. Etage in guter Geschäftslage zu sofort zu vermieten.
Offerten unter J. M. an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Demokraten!
Beteiligt Euch an dem
Stammtisch
jeden Dienstag ab 8 Uhr im Hotel Weißer Bär.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270305-15/fragment/page=0004

Beilage zum „Politischen Wegweiser“

Nummer 10 — Halle (S.), den 5. März 1927 — 3. Jahrgang

Aus Parlamenten und Parteien

Thüringer Hausbesitzer über die Wirtschaftspartei.

Ein kennzeichnendes Urteil aus Mittelstandskreisen findet man in der „Thüringer Hausbesitzer-Zeitung“ Nr. 24, 1926. Dort heißt es u. a.:

„Nach den Vorgängen im Reich und in Preußen kann kein Hausbesitzer den Kandidaten der Mittelstandspartei rücksichtsloses Vertrauen entgegenbringen; ihre Vertreter haben überall versagt, wo es galt, für den Mittelstand Stellung zu nehmen. Die Auswahl ihrer Kandidaten zeugt von Unkenntnis der Verhältnisse: Hausbesitz und Gastwirtsgewerbe sind zweierlei Dinge.“

Diesem Urteil ist, so schreibt der Volksparteiliche Pressedienst, nichts hinzuzufügen.

•

Der Kampf im „Stahlhelm“.

Ueber das Ringen der putschistischen mit den gemäßigten Elementen im Stahlhelm um die Führung weiß das „Berliner Tageblatt“ zu melden:

Im Stahlhelm hat die intransigente Richtung gesiegt. Ihr eigentlicher Führer, Bergwerksdirektor Bernhard Leopold, ist deutschnationaler Reichstagsabgeordneter und wurde wiederholt im Zusammenhang mit den heftigen Pressekampagnen der Deutschnationalen Volkspartei in den Jahren 1924 und 1925 genannt. Sein Adlatus ist der rechtsradikale Oberstleutnant Duesterberg.

Unter dem Drucke Leopolds, der auch Geldgeber großen Stils für den Stahlhelm ist, ist das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Stahlhelms, Studienrat Ludwig, früher Generalsekretär der Deutschen Volkspartei, Anfang Februar plötzlich entlassen worden; so plötzlich, daß er nicht mehr an der Vorstandstagung teilnahm, in der die zwei scharfen Resolutionen gegen den Jungdeutschen Orden und gegen die französischen Frontkämpferverbände beschlossen worden sind.

Das Verbleiben des bisherigen 1. Vorsitzenden des Stahlhelms, Franz Seldte, im Vorstand ist nur eine Frage der Zeit. Seine Position ist von Grund auf erschüttert. Mit anderen Worten: Der Anhang Stresemanns im Stahlhelm wird ausgeschifft. —

Ueber Herrn Ludwig scheint das „Berliner Tageblatt“ nicht genügend orientiert zu sein. L. ist z. Zt. noch im Dienste des Stahlhelms. Vielleicht hat man ihm seine Stellung gekündigt. Soweit wir unterrichtet sind, hat Studienrat Ludwig einen langfristigen Vertrag, den zu lösen auch dem Abgeordneten Leopold einige Schwierigkeiten bereiten dürfte.

•

1½ Jahre Gefängnis für einen deutschnationalen Stadtverordneten.

Der deutschnationale Stadtverordnete Oberpostsekretär Krink aus Dillsit der in der politischen Agitation stets betonte, daß er ein „altpreußischer, königstreuer Beamter“ sei, wurde vom großen Schöffengericht zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt. Krink, der verheiratet ist und fünf Kinder hat, brauchte für seine Freundinnen soviel Geld, daß er Zahlkarten und Geldbriefe verschwinden ließ und sich die Beträge aneignete. Bei seiner Verhaftung wurden acht Zahlkarten mit fremden Adressen in seiner Tasche gefunden. Trotzdem leugnete er die Unterschlagungen.

•

Höhere Mieten ab 1. April.

Steigerung um 10 Prozent. — Weitere 10 Prozent am 1. Oktober.

Wie bereits amtlich mitgeteilt worden ist, hat die Reichsregierung beschlossen, dem Reichsrat den Erlaß einer Verordnung zu empfehlen, durch die die gesetzliche Miete am 1. April um 10 v. H. und am 1. Oktober um weitere 10 v. H. gesteigert wird, so daß sie nach dem 1. Oktober 20 v. H. über der sogenannten Friedensmiete liegt.

•

Eine Milliarde Mietserhöhungen!

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ feststellt, beträgt die für den 1. April und den 1. Oktober insgesamt vorgesehene Mietserhöhung von 20 Prozent eine Mietssteigerung von 1 Milliarde Mark jährlich, da die Vorkriegsmieten auf 5 Milliarden Mark geschätzt worden sind. Diese Berechnung stimmt auch mit den Erträgnissen der Hauszinssteuer überein.

Die Demokratische Reichstagsfraktion hat sich mit der Frage der Mietserhöhungen befaßt und gegen die Mietserhöhungen in der vorgesehenen Form die allerschwersten Bedenken geäußert.

•

Steuerwünsche der Demokraten.

Entschließungen zum provisorischen Finanzausgleich.

Die demokratischen Abgeordneten Dr. Fischer-Köln, Schneider-Berlin, Dietrich-Baden, Könnenburg, Koch-Weser und die übrigen Mitglieder der demokratischen Reichstagsfraktion haben zum Entwurf eines Gesetzes zur Uebergangsregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden die nachstehende Entschließung eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen

a) dem Reichstag baldmöglichst eine Aenderung des Einkommensteuergesetzes zum 10. August 1925 vorzulegen, wonach der § 10 so umgestaltet wird, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1927 ab erstmals die zweijährige Durchschnittsbesteuerung und vom 1. Januar 1928 die dreijährige Durchschnittsbesteuerung erfolgt;

b) die Einkommenbesteuerung der nichtbuchführenden landwirtschaftlichen Betriebe dahin zu ändern, daß eine völlige Freistellung der im Betriebe mitarbeitenden Familienangehörigen erzielt wird;

c) ihm baldigst eine Statistik vorzulegen, aus der die Einkommensteuerleistungen der Landwirtschaft nach den verschiedenen Betriebsgrößenklassen in den einzelnen Teilen des Reiches zu ersehen sind;

d) unverzüglich beim Reichsfinanzministerium eine Studienkommission zu bilden, die die Einführung der landwirtschaftlichen Einheitssteuer auf der Grundlage der Ertragsfähigkeit des Bodens unter Ausschluß von Gebäuden und Inventar vorbereitet; bei der Zusammensetzung der Kommission ist dafür Sorge zu tragen, daß auch die bäuerlichen Verbände ausreichend vertreten sind.

Die Forderung nach Einführung einer zweijährigen und später einer dreijährigen Durchschnittsbesteuerung ist eine alte Forderung der demokratischen Partei und ist ebenso eine Forderung der Wirtschaft, der auf Grund der jetzigen Verhältnisse stattgegeben werden kann und stattgegeben werden muß.

Die Aenderung der Einkommenbesteuerung der nichtbuchführenden landwirtschaftlichen Betriebe bezweckt im besonderen, endlich die Steuergerechtigkeit für die Kleinbauern zu schaffen. Die übrigen demokratischen Steuerwünsche sind entstanden aus der Forderung nach einer steuerlichen Gerechtigkeit für die Landwirtschaft als solche.

Weitere Anträge der Demokratischen Reichstagsfraktion zum Finanzausgleichsgesetz fordern die Nichtverlängerung der Erhebungsperiode sowie den Fortfall der Gemeinde-Getränkesteuer.

Ebenso wird gefordert, den § 35 des Finanzausgleichsgesetzes zu streichen. Die Streichung dieses Paragraphen war seinerzeit schon vom Reichsfinanzminister Reinhold vorgesehen. Infolge des Widerstandes einzelner Länder ist es bisher nicht dazu gekommen. Es ist aber unbedingt notwendig, daß dieser § 35 in Fortfall kommt, denn damit kommt auch in Fortfall der Anspruch der wirtschaftlich leistungsfähigen Staatsgebilde auf Sonderreichszuschüsse. Es besteht gar kein Grund, dafür zu sorgen, daß wirtschaftlich nicht lebensfähigen Staatsgebilden auf Grund dieses § 35 und auf Grund von Reichsgeldern ein Dasein ermöglicht wird, das keinerlei Berechtigung mehr hat.

Weiterhin sind dann noch Aenderungen des Einkommensteuergesetzes vorgesehen, die eine besondere Erleichterung für den Mittelstand bedeuten.

•

Völkischer Zusammenbruch.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Strasser hat, wie öffentlich bekannt wird, seinen Austritt aus der Fraktion der völkischen Arbeitsgemeinschaft erklärt mit der Begründung, daß er sich durch einen Artikel des Abgeordneten v. Ramin im Deutschen Tageblatt vom 17. d. M. wegen der darin enthaltenen Behauptungen über das Verhältnis von Hitler zur Großindustrie persönlich verletzt fühle. Durch diesen Austritt verliert die völkische Fraktion die Fraktionsstärke. Armes „Wächtelchen!“

Aufruf!

Der verstorbene Rechtsanwalt **Löwe-Calbe a. S.**, der Führer der bürgerlichen Demokratie aus dem Jahre 1848, Präsident der Nationalversammlung von Frankfurt a. M., soll geehrt werden. An dem Hause, in dem Rechtsanwalt Löwe viele Jahre gewohnt hat, soll eine schlichte Gedenktafel angebracht werden. Am 20. März findet die feierliche Uebergabe dieser Gedenktafel an die Stadt Calbe statt, zu der der demokratische Reichstagsabgeordnete Professor **Dr. Hummel** die Gedenkrede übernommen hat. Zur Anfertigung der Gedenktafel und zur Unterstützung dieser ehrenvollen Feier werden **freiwillige** Spenden aus demokratischen und republikanischen Kreisen entgegengenommen. Einzahlungen erbitten wir auf das Postscheckkonto Magdeburg **Ludwig Münz** Nr. 3310. Demokraten, Republikaner! Unterstützt diese Ehrung durch einen freiwilligen Beitrag.

Gemeindegetränkesteuer und Finanzausgleich.

Von Staatsminister a. D. Sivkovich.

Das Problem der Gemeindegetränkesteuer ist während der letzten Jahre in der Oeffentlichkeit wiederholt erörtert worden und mehr als einmal Gegenstand parlamentarischer Beratungen gewesen. Der gegenwärtige Rechtszustand ergibt sich aus § 16 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 27. April 1926. Er untersagt die Neueinführung der Gemeindegetränkesteuer den Gemeinden, die am 1. September 1925 gemeindliche Getränkesteuern nicht erhoben haben, gestattet aber den Gemeinden, in denen an diesem Stichtage gemeindliche Getränkesteuern eingeführt waren, deren Weitererhebung bis zum 31. März 1927, jedoch höchstens zu den alten Sätzen. Die Gemeindegetränkesteuer würde also in wenigen Wochen ihr Ende erreichen, falls die heute noch geltenden gesetzlichen Bestimmungen in Kraft bleiben.

Nun aber enthält § 3 des dem Reichstage augenblicklich zur Beschlußfassung vorliegenden Entwurfes eines Gesetzes zur Uebergangsregelung des Finanzausgleiches eine Verlängerung der Gemeindegetränkesteuer um ein Jahr, d. h. bis zum 31. März 1928. Ja, es besteht die Gefahr, daß die Aufhebung der Gemeindegetränkesteuer um 2 Jahre hinausgeschoben wird, falls der Reichstag den vorläufigen Finanzausgleich nicht nur auf ein Jahr, sondern auf zwei Jahre befristen sollte.

Die Deutsche Demokratische Partei vertritt im Reichstage die Auffassung, daß die Gemeindegetränkesteuer, wie bis vor kurzem allgemein und unbestritten geplant war, am 31. März 1927 aufhören muß, und hat einen entsprechenden Antrag eingebracht. Die großen Mängel dieser Steuerart sind gerade in letzter Zeit auch in richterlichen Sprüchen deutlich hervorgehoben worden. Einer der stärksten Gegenbeweise gegen die Notwendigkeit der Gemeindegetränkesteuer ist die Tatsache, daß sie nur in einer verhältnismäßig geringen Zahl von Orten in Gebrauch ist.

Von den 45 Gemeinden mit einer Wohnbevölkerung von mehr als 100 000 Einwohnern haben keine Getränkesteuer: Lübeck, Stettin, Hannover, Bremen, Braunschweig, Altona, Hamburg, Münster, Mainz, Barmen, München-Gladbach, Duisburg, Wiesbaden, Aachen, Hamborn. Dasselbe gilt für folgende der 47 Gemeinden mit einer Wohnbevölkerung zwischen 50 und 100 000 Einwohnern.

Dabei ist das Bild für die Städte von 50 000 Einwohnern an zu Gunsten der Gemeindegetränkesteuer im Vergleich zu den Orten unter 50 000 Einwohnern überaus günstig. In den Freistaaten Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz wird die Steuer nur in einem unbedeutenden Orte erhoben, im Freistaate Braunschweig nur in Wolfenbüttel und in Bad Harzburg, in der Provinz Schleswig-Holstein nur in Kiel und Flensburg, in der Provinz Pommern nur in Greifswald, Swinemünde und wenigen kleinen Orten.

Die Reichsregierung schätzt die Erträge an Getränkesteuern im ganzen Reiche auf 75 Millionen Reichsmark. Da sich nun der gesamte Geldbedarf in den deutschen Gemeinden auf mehr als 2½ Milliarden beläuft, so erbringen die Getränkesteuern höchstens 3 Prozent. Die entsprechenden Zahlen für Preußen sind folgende: Gesamtaufkommen in den Gemeinden über 5000 Einwohner 1925 bis 1926 1,418 Milliarden, Aufkommen an Getränkesteuer 40 Millionen Mark gleich 2,82 Prozent.

Die für Beibehaltung der Gemeindegetränkesteuer ins Feld geführten wirkungsvollsten Beispiele ergeben nur bei Regensburg und München mehr als 3 Prozent hinsichtlich des Anteils der Gemeindegetränkesteuer am Gesamtaufkommen der Gemeinden. Und was die Stadt Berlin anbetrifft, so kann man wirklich nicht ernstlich behaupten, daß bei einem Haushalt von 617,2 Millionen Reichsmark die Erträge der Berliner Getränkesteuer mit 15,36 Millionen Reichsmark irgendwie nennenswert ins Gewicht fallen und daß die Verstopfung dieser Quelle den Etat der Reichshauptstadt gefährdet. Wäre dem so, so könnte man der Stadt Berlin nur Sparsamkeit in anderer Beziehung dringend empfehlen. Die Finanzgebarung der Stadt Berlin gerade in letzter Zeit hat nicht den Eindruck erwecken können, als ob die Gesundheit der städtischen Finanzen von 15 Millionen Mark Getränkesteuern abhängig wäre.

Es ist zu hoffen, daß der wohlerwogene Standpunkt der Deutschen Demokratischen Partei gegen die Aufrechterhaltung der Gemeindegetränkesteuer sich bei den bevorstehenden Beratungen im Reichstage durchsetzt. Die in der jetzigen Regierung vertretenen Parteien mögen es sich gesagt sein lassen, daß man draußen im Lande die Aenderung ihrer früheren Haltung in dieser Frage nicht verstehen wird, falls sie sich endgültig zu einer solchen bereitfinden lassen sollten. Schöne Redensarten über Entlastung des Steuerzahlers sind wertlos, wenn ihnen nicht auch in dieser Richtung Taten folgen.

Die Deutsche Demokratische Partei, die — nicht zuletzt auch in der Aera Reinhold durch Herabsetzung der Umsatzsteuer, Abschaffung der Luxussteuer und andere Maßnahmen — gezeigt hat, daß sie bei der Steuergesetzgebung wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung trägt und auf Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung drängt, hat und behält ihr klares Ziel: die Beseitigung der Gemeindegetränkesteuer zum 1. April 1927.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270305-15/fragment/page=0005

Gründung eines Reichsbauernbundes.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" erfährt, ist auf der letzten Vertretertagung des Reichsverbandes **landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe** auf Antrag des Schlesischen Bauernbundes beschlossen worden, für den Reichsverband den Namen **„Reichsbauernbund"** anzunehmen. Der Name soll dann eingeführt werden, wenn die zur Zeit schwebenden aussichtsreichen Zusammenschluß-Verhandlungen mit anderen Verbänden zum Abschluß gekommen sind. Aus dem Bericht des Geschäftsführers geht hervor, daß die Bewegung überall wächst und daß die Bauernbewegung überall im schnellen Fortschreiten begriffen ist. Es wurde u. a. beschlossen, den Aufbau und die Besiedelung von großen Gütern im Osten durch die Hauptgenossenschaft landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe mit aller Energie zu betreiben.

Ein taktvoller Fraktionskollege.

Aus Hannover wird dem „Demokratischen Zeitungsdienst" geschrieben: Herr Alpers hat seine Aeußerungen im Kassel über die Wirtschaftspartei, deren Reichstagsabgeordnete sich und den Deutsch-Hannoverschen Abgeordneten durch die Vereinigung zur Existenz einer Fraktion verholfen haben, widerrufen. Nun bringt die „Hannoversche Landeszeitung", das Organ der Deutsch-Hannoveraner, einen Brief über eine Bremer Rede des Herrn Alpers, in der er der Wirtschaftspatei bescheinigt, **daß sie als Vertreterin des ohnehin schwachen Mittelstandes diesen uneinig machen und seine Kraft zersplittern könne."** Eine Sondervertretung im Reichstag könnte dem Mittelstand, insofern sie die mittelstandsfreundlichen Parteien verfeinde, mehr schaden als nützen. Es gelte vielmehr, **die politischen Parteien und ihre Führer für den Mittelstand zu gewinnen."**

Im Hannoverlande ist die dafür in Frage kommende Partei natürlich nur die Deutsch-Hannoversche Partei — meint Herr Alpers, worüber die Wirtschaftspartei jedenfalls — Fraktion hin, Fraktion her! — eine andere Meinung haben dürfte. Nicht wahr, Herr Nolte? Sollte die „zerrüttete Ehe mit der Wirtschaftspartei", die Herr Alpers schleunigst wieder k. v. geschrieben hat, nicht doch reichlich blessiert sein?

*

Handwerksförderung in der Rechtsregierung.

In der Oeffentlichkeit sind eine Anzahl von Meldungen wiedergegeben, wonach die Stelle eines Staatssekretärs für das Handwerk geschaffen werden sollte, dann hieß es, daß ein Reichskommissariat für das Handwerk eingerichtet werden soll und zwar soll dafür die Stelle eines Ministerialdirektors geschaffen werden, der dem Reichswirtschaftsministerium angegliedert würde. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" von unterrichteter Seite erfährt, treffen alle diese Meldungen nicht zu. An amtlicher Stelle ist über solche Absichten nichts bekannt. Es kann sich wohl nur darum handeln, daß innerhalb parlamentarischer Kreise derartige Pläne erörtert worden sind oder noch erörtert werden. Bisher haben sie jedenfalls nicht zu konkreten Vorschlägen geführt.

*

Landbundkrise in Brandenburg.

Laut Mitteilung des „Teltower Kreisblattes" wurde von der **Landbundgruppe** Dabendorf, Kreis Teltow, zu den Landwirtschaftskammerwahlen **einstimmig beschlossen, die Liste des Landbundes,** an deren Spitze der Rittergutsbesitzer von Goertzke steht, **nicht zu wählen,** weil sie nicht den Beschlüssen des fünften Landbundbezirkes entspricht. Der Zossener Bezirk hatte seinerzeit einstimmig in der Dezemberversammlung gefordert, daß der Bedeutung des Bauernstandes entsprechend ein Vertreter des Mittelbesitzes die sichere erste Stelle einnehmen soll.

Im Kreis Teltow ist auch vom Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe eine Liste zur Landwirtschaftskammerwahl eingereicht, die sich des allerregsten Interesses bei allen Bauern des Kreises erfreut.

*

Regelung der Ministerpensionen.

Ein demokratischer Antrag.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Brodauf und die übrigen Mitglieder der Demokratischen Reichstagsfraktion haben nachstehenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Anwendung des Reichsbeamtengesetzes auf die zurückgetretenen Reichskanzler und Reichsminister der Republik ausschließt und eine der veränderten Stellung der Minister des parlamentarischen Staates entsprechende Regelung trifft, in welchen besonderen Fällen und in welcher Höhe ihnen Uebergangsgelder oder Ruhegehälter gewährt werden.

*

Külz behält sein Mandat.

In einigen Zeitungen wird berichtet, daß der frühere Reichsinnenminister Dr. Külz die Absicht habe, sein Reichstagsmandat niederzulegen. Der Abgeordnete Külz ermächtigt uns, mitzuteilen, daß an solchen Behauptungen kein wahres Wort ist. Er denkt garnicht daran, sein Mandat niederzulegen.

*

Reichshilfe für Junglehrer.

Die Demokratische Fraktion hat beschlossen, bei der Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern einen Antrag einzubringen, der vorsieht, daß als zusätzliche Hilfe für die Junglehrer aus der Reichskasse entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

*

Die Freigabe gewerblicher Räume.

Demokratische Abänderungsanträge.

Die Demokratische Fraktion des Preußischen Landtags hat nachstehenden Abänderungantrag des Ausschusses für Wohnungs- und Heimstättenwesen gestellt:

Der Landtag wolle beschließen, anstelle der Ziffern 2, 3 und 4 des Ausschußantrages a) das Staatsministerium zu ersuchen, die Verordnung vom 11. November 1926 betreffend Lockerung des Mieterschutzes dahin abzuändern, daß sie sich nur auf die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes, nicht aber auf diejenigen des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes bezieht, Kündigungen und Mietssteigerungen also ausgeschlossen bleiben.

Im Falle der Ablehnung von a)

b) das Staatsministerium aufzufordern, die Verordnung vom 11. November 1926 mit folgenden Bestimmungen abzuändern:

1) die im § 3 Absatz 3 vorgesehene Frist zur Kündigung wird auf den 1. April 1928 hinausgeschoben,

2) für gewerbliche Räume, deren Jahresfriedensmiete in Berlin 4 000 Mark, in den übrigen Orten der Sonderklasse 3 000 Mark, in den Orten der Sonderklasse A 2 400 Mark, in den Orten der Sonderklasse B 2 000 Mark, der Ortsklasse C 1 500 Mark und der Ortsklasse D 1 000 Mark nicht übersteigt, bleiben die bisherigen Bestimmungen der Wohnungswirtschaftung mit Ausnahme der Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes aufrecht erhalten.

3) Wird durch die Kündigung eines gewerblichen Raumes oder durch die Steigerung der Miete die wirtschaftliche Existenz des Mieters bedroht, so steht diesem das Recht zu, einen aus gewerblichen Mietern und Hausbesitzern paritätisch zusammengesetzten Einigungsausschuß, der beim Mietseinigungsamt zu bilden ist, anzurufen, der über die Berechtigung der Kündigung bezw. der Höhe der Miete rechtzeitig zu entscheiden hat.

Im Falle der Ablehnung von b) Ziffer 1

c) die Verordnung vom 11. November 1926 dahin abzuändern, daß die durch § 3 Absatz 3 vorgesehene Frist zur Kündigung auf den 30. September 1927 hinausgeschoben wird.

Ein weiterer Zusatzantrag besagt:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung aufzufordern, in den Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung vom 11. November 1926 anzuordnen, daß die Geschäftsräume solcher Gesellschaften, die durch die Reichs- und Landesregierung als gemeinnützig anerkannt sind, nicht als gewerbliche Räume angesehen werden.

Die Demokratische Preußenfraktion an Braun.

Einrichtung der obligatorischen Schiedsstellen.

Der Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Fraktion des Preußischen Landtags, Justizrat Falk hat, wie der „Demokratische Zeitungsdienst" mitteilt, am 23. Februar an den preußischen Ministerpräsidenten Braun das nachstehende Schreiben gerichtet:

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident! Die Deutsche Demokratische Fraktion hat mit außerordentlichem Bedauern Kenntnis von dem gestrigen Beschluß des Staatsministeriums genommen, daß unter Außerachtlassung des Beschlusses des Landtags die Verordnung des Herrn Wohlfahrtsministers vom 11. November 1926 unverändert aufrecht erhalten werden soll. Der Kampf um diese Verordnung hat unleidliche Formen angenommen. Die sich daraus ergebenden Mißhelligkeiten wären vermieden worden, wenn der Herr Wohlfahrtsminister sich vor Erlaß seiner Verordnung mit den Regierungsparteien in Verbindung gesetzt hätte. Statt dessen ist das Wohlfahrtsministerium über die dringenden Vorstellungen meines Fraktionsfreundes Hoff einfach hinweggegangen. Man hat es für richtig gehalten, ihn in Unkenntnis über den beabsichtigten Schritt zu lassen. Meine Freunde haben vergeblich versucht, die schweren Folgen zu beseitigen, die die Verordnung für zahllose Familien zeitigen muß. Wenn wir uns daher auch frei von jeder Verantwortung für diese Folgen wissen, so haben wir doch den dringenden Wunsch, diese Folgen nach Möglichkeit zu beseitigen oder nach Möglichkeit zu mildern. Das wird erreicht, wenn das Staatsministerium im Verfolg seines gestrigen Beschlusses unverzüglich im Reichsrat beantragt, daß die Länder ermächtigt werden, obligatorische Schiedsstellen zur Entscheidung der Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern gewerblicher Räume zu errichten. Wir nehmen an, daß der Herr Wohlfahrtsminister mit diesem Vorgehen einverstanden ist.

*

Die Demokratische Partei an Hellpach.

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei (Koch, Erkelenz, Fischer) hat an Professor Dr. Hellpach Heidelberg das nachstehende Telegramm gerichtet:

„Die Deutsche Demokratische Partei beglückwünscht Sie herzlichst zum 50. Geburtstag. Sie gedenkt heute der ersten Präsidentschaftswahlkampfes, in dem Sie die Fahne der Partei vorantrugen und gibt der Gewißheit Ausdruck, daß Sie auch fürderhin von hoher Warte Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes durch Wort und Tat beeinflussen werden."

*

Dr. Friedensburg als Kasseler Regierungspräsident.

Billigung des Provinzialausschusses.

Der Provinzialausschuß ist am Sonnabend, den 26. Februar, in Kassel zu einer Sitzung zusammengetreten und hat mit 9 gegen 5 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, die Wahl Dr. Friedensburgs zum Regierungspräsidenten von Kassel gebilligt. Die Vereinigte Rechte hat gegen Dr. Friedensburg gestimmt, der Kommunist hat sich der Stimme enthalten.

*

Wohnungsfürsorge der Kriegsbeschädigten.

Ein demokratischer Antrag.

Die Demokratische Reichstagsfraktion hat beantragt, die Mittel für die Wohnungsfürsorge der Kriegsbeschädigten von 2½ Millionen Mark auf 7½ Millionen zu erhöhen. Der Betrag von 2½ Millionen für diesen Zweck ist außerordentlich gering. Die Demokratische Fraktion hat schon früher für eine Erhöhung der ausgeworfenen Mittel gekämpft, dafür aber keine Zustimmung erhalten. Jeder billig denkende Mensch wird zugeben müssen, daß für die Wohnungsfürsorge der Kriegsbeschädigten mehr als bisher getan werden muß.

*

Demokratische Agaranträge in Preußen.

Bei der Beratung des Haushalts im preußischen Landtag hat die Demokratische Landtagsfraktion u. a. die nachstehenden Anträge eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, den dem Staate gehörigen landwirtschaftlich genutzten Grundbesitz sowie den landwirtschaftlich genutzten Grundbesitz von Körperschaften, deren Verwaltung der staatlichen Kontrolle untersteht, der Verwaltung der Domänenverwaltung im Interesse einer wirtschaftlichen Ausnutzung zu unterstellen.

Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, denjenigen Domänenpächtern, welchen üblichen Kostenbeitrag zum Bau von Landarbeiterwohnungen unberechtigter Weise ablehnen, jede Vergünstigung (Pachtstundung, Meliorationsbeitrag usw.) zu entziehen.

Bonaparte.

Von Fritz von Unruh.

Der „Bonaparte" Unruhs liegt jetzt als Buch vor (Verlag Frankfurter Societäts-Druckerei). Er ist nicht nur die erste Ueberraschung des dramatischen Jahres 1927, er wird auch die freudigste und bedeutendste sein. Mit wunderbarer Sicherheit erfaßt der Dichterden weltentscheidenden Augenblick aus dem Leben Napoleons: den Kampf um die Hinrichtung des bourbonischen Prinzen Enghien und die Stunden vor der Kaiserkrönung. Wie dieses Werk packt, beweist allein eine Szene des dritten Aktes, die die Zusammenkunft Bonapartes mit Enghien in Vincennes zeigt.

(Enghien in reicher Gala, den Degen mit beiden Händen am Griff umfaßt und vor den Mund gehoben, kommt langsam herein. Dahinter Molin und Gefangenwärter.)

Bonaparte: Was bedeutet der Aufzug? — Wo ist der Kommandant der Festung?

(Schweigen. Dann tritt Fouche vor.)

Enghien: General Bonaparte . . . Sie sehen mich in der Ordenstracht eines Großritters vom Heiligen Geist . . . Im Zeichen dieser mir von meinem König verliehenen Würde habe ich die Avantgarde der Condéschen Armee neun Jahre lang gegen die Revolution geführt.

Fouche: Weiß der Prinz nicht, daß er vor Gericht ist — und nur zu antworten hat!

Bonaparte: Er rede . . .

Enghien: Es war ein Traum, Ihnen im offenen Gefecht mit diesem Degen in der Hand zu begegnen . . .

Bonaparte: Bürger Conde . . .

Enghien: Ich bin ein Fürst aus der Rasse der Prinzen, den man nicht mit „Bürger" anspricht.

Savary: Sie stehen hier nicht auf dem Parkett von Versailles.

Fouche: Daß Sie vor dem Konsul erscheinen durften, verdanken Sie ihrer Mutter.

Enghien: Ich bin kein Muttersohn. Ich gehöre meinem Vater, dem Grafen von Artois.

Bonaparte: Ihre Mutter ist eine fromme Frau.

Enghien: Sie vergöttert Sie!

Bonaparte: Weil sie Frankreich liebt.

Enghien: Wer Frankreich liebt, muß Sie vergöttern?

Bonaparte: Ihr Tischgetrommel, meine Herren . .

Enghien: (bemerkt es, zu den Offizieren): Sie wissen, wie ganz ich Frankreich angehöre —

Bonaparte: Was wissen Sie mehr von Frankreich, als daß es Ihnen Ihre Apanage bezahlte?

Enghien: Immerhin, brauner Gast — meine Liebe für Frankreich ist nicht erst in Ajaccio geboren!

Bonaparte: Ob in Ajaccio oder in Bethlehem, wenn nur ein Stern über der Wiege war!

Enghien: Rollen Sie nicht Ihre schönen Augen!

Carnot: Sind Sie verrückt?

Enghien: Ich bin der Enkel von vierzig Königen.

Bonaparte und Alle: Großartig!

Bonaparte: Unser Blut ist auch kein Pfützenwasser.

Enghien: Ich bezweifle nicht, daß es köstlich ist.

Bonaparte: Großritter — mit der Taube im Orden — der Heilige Geist lebte mit den Fischern vom See Genezareth, den Teppichknüpfern und den Dirnen der Stadt . . .

Enghien: Das Schicksal hat meine Wiege an die Stufen des Throns gestellt.

Bonaparte: Meine hat zwischen Sturm und Brandung gestanden — auf fatter Erde!

Enghien: Franzosen! (ohne Bonaparte zu beachten) wenige Augenblicke bin ich Euch Treuen gegenüber in tiefer Erregung auf dem Boden der Heimat. — Laßt uns noch heiß vom ersten Begegnen dessen gedenken — (er zieht den Hut) der nicht nur nach dem Gesetz, sondern auch nach der Forderung unseres Herzens — unser König ist.

Bonaparte: Es lebe Ludwig 18. (Enghien setzt den Hut auf und steht verächtlich).

Fouche: Bürger Konsul — Sie erlösen uns mit diesem Scherz!

Enghien: Im Waffensaal fand ich die Pauken und silbernen Trompeten, mit denen unser königliches Orchester das Tedeum unterstützte — Schafft das Musikgerät auf die Empore . . . Jede Kerze hell! Glanz! Glorie! — Dantgebete sollen steigen . . .

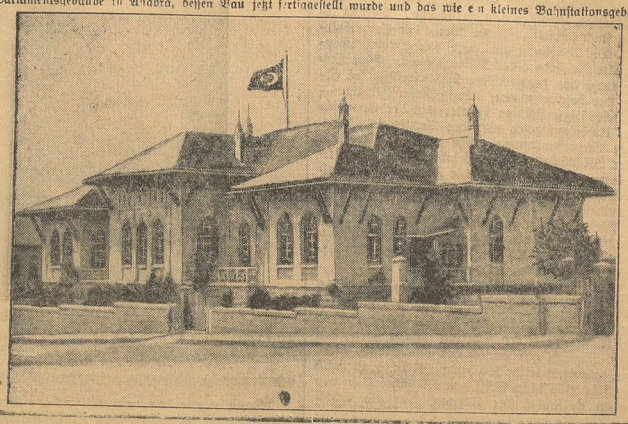
Bonaparte: Entwaffnet ihn!

Enghien: Einen Conde hat noch kein Sterblicher entwaffnet!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270305-15/fragment/page=0006

In der neuen türkischen Hauptstadt Angora

Das neue Parlamentsgebäude in Angora, dessen Bau jetzt fertiggestellt wurde und das wie ein kleines Bahnstationsgebäude anmutet.



Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

Veranstaltungen der Deutschen Demokratischen Partei, Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsführender Ausschuß: Montag, den 7. März abends 7½ Uhr in der Geschäftsstelle, Breiterweg 139 bis 140.

•

Stammtisch: Dienstag, den 8. März, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär", Weinsaßstraße 6. Erwünscht ist starke Beteiligung.

*

Politische Aussprache: Sonntag, den 13. Februar, vormittags 11 Uhr in der Freundschaft. Redner Landtagsabgeordneter Hartmann.

Gruppe Nordfront-Altenstadt. Dienstag, den 15. März, abends 8 Uhr, im Cafe der Nationalfestsäle Kommunalpolitische Aussprache. Redner: Stadtverordneter O. Schüler. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Gruppe für Handwerk und Gewerbe. Mittwoch, den 16. März, abends 8 Uhr in den Altstädter Bürgersälen: Vortrag des Abgeordneten Obermeister Bardschat.

*

Schönebeck. Freitag, den 10. März, abends 8 Uhr, in der **„Goldenen Sonne"** (Vereinszimmer) politische Aussprache. Referent Abgeordneter Dr. Bohner. Gäste willkommen.

Coswig i. Anhalt. (Oeffentliche Versammlung). Sonnabend, den 5. März, im Cafe Reuter, Redner: Landtagsabgeordneter Dr. Bohner.

•

D. D. P. Werbeadressen. Die Mitglieder der Ortsgruppe Magdeburg haben ein Rundschreiben betr. Werbeadressen erhalten. Wir erwarten von allen Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei, daß sie uns die gewünschten Werbeadressen umgehend überweisen. Niemand darf sich bei der diesmaligen Werbung ausschließen.

*

Zum Abschluß der Reichsbannerwerbewoche. Nach einer vorläufigen Zählung hat das Reichsbanner in der Werbewoche in Groß-Magdeburg rund tausend Neuaufnahmen gemacht. Der Erfolg ist umso höher anzuschlagen, als infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse auch in dieser Richtung hin eine starke Einschränkung zu beobachten ist.

Deutschnationale Bauernfängerei.

Die Deutschnationalen wollen siedeln, etwas ganz außergewöhnliches. Die Vertreter des Großgrundbesitzes wollen Bauernpolitik betreiben. Sie versuchen in geschickter Aufmachung, die kleinen und mittleren Landwirte für die deutschnationale Großgrundbesitzerpolitik zu halten. So hat beispielsweise kürzlich der bekannte Naumburger Dr. Schiele in Halberstadt über Bauernpolitik gesprochen und versucht, den Anschein zu erwecken, als sei die Deutschnationale Volkspartei eine würdige Vertreterin von Bauerninteressen. Eine Anzahl anderer Verbände hatten einen Aufruf erlassen unter dem Stichwort **„Siedeln ist not!"** Die Deutschnationalen sind zu dieser Stellungnahme, mit der sie es sicherlich nicht **ernst** meinen, **gezwungen** worden, weil die pommerschen und schlesischen Bauern gegen die Vorherrschaft der Großgrundbesitzer in den Landbünden vorgegangen sind. Wer diese deutschnationale Agitationsmethode kennt, der weiß, daß es mit dem Bestand des Landbundes sehr schlecht bestellt sein muß. Der Aufruf „Siedeln ist not!" besteht im wesentlichen darin, daß einige Sätze aus der **Regierungserklärung** des Kabinetts Marx angeführt werden. Sodann aber heißt es:

Wir betonen, daß es sich hierbei nicht nur um Bauernsiedlungen und Bauernsöhne handelt, sondern die große Siedlungspolitik muß von vornherein auch an Vermehrung des Landarbeiterstandes denken, um die Entlastung des überfüllten Arbeitsmarktes überhaupt herbeizuführen.

Zur Beruhigung der Landarbeiter wird gleichzeitig mit dem Appell von der offiziösen deutschnationalen Parteikorrespondenz ein Artikel: „Siedlung und Landarbeiter" in Umlauf gesetzt, in dem gesagt wird:

„Ausgeschlossen ist es allerdings, daß ein Gutsarbeiter, der sich noch garnichts erspart hat, angesiedelt werden kann . . . Nach dem Grundsatz: „Gleiches Recht für alle", kann daher auch kein Landarbeiter, der nicht etwas Vermögen besitzt, eine Siedlerstelle bekommen, — d. h. also, nur wer einen großen Sack voll Geld hat, der soll zur Siedlung zugelassen werden, aber nur auf Oedland oder irgendwo anders. Die großen Güter werden die Deutschnationalen für Siedlungsland nicht hergeben. Wenn die Deutschnationalen von der Notwendigkeit einer durchgreifenden Siedlung sprechen, so denken sie sicherlich nicht dabei, dem Großgrundbesitz irgend ein paar tausend Morgen abzunehmen. Der Bauer kann sehen, wo er Land bekommt, von den Deutschnationalen bekommt er sicherlich keins. Das ganze beweist, daß die Deutschnationalen durch die kleinen und mittleren Bauern gezwungen werden, ein paar freundliche Worte über die Siedlung zu schreiben, die als Beruhigungspulver dienen sollen. Die Bauern verfallen diesem neuesten deutschnationalen Trick nicht. Sie wissen, wo ihre Siedlungsfreunde sind und kennen auch allzu gut **die deutschnationalen Siedlungsgegner."**

An unsere Anhänger! Eine Organisation kann nur vorwärts kommen, wenn sie ungezählte Mitarbeiter hat. Voller Erfolg wird ihr nur beschieden sein, wenn alle Mitglieder mit Hand ans Werk legen und die Arbeit des Vorstandes tatkräftig unterstützen. Nach einer wirkungsvollen Aufklärungs- und Werbearbeit hat auch pünktliche Beitragszahlung zu erfolgen. Geordnete Finanzen erleichtern die ganze Organisationsarbeit. Wir bitten dringend, die noch außenstehenden Beiträge aus dem Jahre 1926 sowie die noch rückständigen Bezugsgebühren für die „Mitteldeutsche Rundschau" möglichst umgehend abzuführen. Die Arbeit im Bezirk ist mit ganz erheblichen Unkosten verbunden. Auch unsere Freunde auf dem Lande bitten wir, an ihrem Teile mitzuarbeiten, damit die Werbearbeit in keiner Weise ins Stocken gerät. Einzelmitglieder, Vertrauensmänner, die keinem Ortsverein oder keiner Kreisorganisation angehören, zahlen unmittelbar an die Wahlkreisorganisation einen Beitrag in Höhe von Mk. 1,— vierteljährlich. Wir wissen, daß durch die gegenwärtige Wirtschaftslage viele unserer Freunde schwer zu kämpfen haben. Wir glauben aber, daß andere Parteifreunde zu größeren Opfern bereit sind. An sie richtet sich unsere Bitte, uns durch freiwillige Erhöhung des Mindestbeitrages in unserer organisatorischen Arbeit kräftig zu unterstützen.

Deutschnationale Haltlosigkeiten. Polizeipräsident Dr. Menzel ist bei den Deutschnationalen angekreuzt, der Mann muß möglichst bald verschwinden; so würde man verfahren, wenn die Deutschnationalen in Preußen an die Macht kommen sollten. Ueber Menzel schrieb die deutschnationale Presse, er sollte Oberpräsident von Niederschlesien werden. Um zu hören, was wahr ist, hatte die deutschnationale Fraktion eine „Kleine Anfrage" an den Minister gestellt. Die Antwort des Innenministers liegt jetzt vor:

„Die Gerüchte über einen bevorstehenden Wechsel in der Stelle des Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien sind völlig aus der Luft gegriffen. Im übrigen muß das Staatsministerium angesichts der Bewertung, welche die Tätigkeit des früheren Landrats von Trebnitz, jetzigen Polizeipräsidenten Menzel, in der Kleinen Anfrage erfährt, nachdrücklichst in die Erinnerung zurückrufen, daß die seinerzeit von gewisser Seite gegen Menzel erhobenen Verdächtigungen, die zunächst zu seiner Abberufung als Landrat geführt hatten, vor Gericht auf Grund eingehendster Verhandlungen als niedrige Verleumdungen festgestellt worden sind. Das Staatsministerium darf wohl erwarten, daß diese als haltlos erwiesenen Verdächtigungen nicht mehr vorgebracht werden."

Haltlose Verdächtigungen nennt der Minister die deutschnationalen Behauptungen. Eine ziemlich derbe Abfuhr!

Treue Dienste. Unser Parteifreund, Lagerverwalter Wilhelm Fünke, war am 25. Februar d. J. 40 Jahre im Dienst der Firma Kümneth u. Knöchel in Magdeburg. Wir beglückwünschen Herrn Fünke zu diesem sehr seltenen Jubiläum.

Burg. Wirtschaftspolitische Aussprache. Die Deutsche Demokratische Partei hatte den Landtagsabgeordneten Kniest am Montag, den 28. Februar, für einen Vortrag über **„Mittelstandsfragen"** gewonnen. Im voraus sei bemerkt, daß der Vortrag ein überaus guter war und eine glänzende Aufnahme gefunden hat. Einleitend ging Abgeordneter Kniest auf die außenpolitische Lage ein und wies besonders auf die Wirren in China hin. Zur Lage im Innern übergehend behandelte der Vortragende die Bildung der Rechtsregierung. Um ein objektives Urteil zu fällen, müßte man die Taten dieser stark deutschnational durchsetzten Regierung abwarten. Diese Regierung habe starke Aehnlichkeit mit dem Kabinett Luther-Schlieben aus dem Jahre 1925. Damals hat man zwei Milliarden Goldmark mehr aus der deutschen Wirtschaft herausgezogen, als notwendig war. Der Staat hat dieses Geld wieder zu hohen Zinsen der Wirtschaft zur Verfügung gestellt. 700 Millionen hat man den Ruhrindustriellen, ohne den Reichstag zu befragen, überwiesen. Für den gewerblichen Mittelstand hatte der frühere deutschnationale Finanzminister von Schlieben sage und schreibe 25 Millionen übrig. Ob der Mittelstand von der jetzigen Regierung anders behandelt wird, sei sehr fraglich. Der frühere demokratische Finanzminister Dr. Reinhold hat die Schwierigkeiten, in der sich der Mittelstand sehr stark befand, zuerst erkannt und eine lobenswerte Steuersenkungsaktion aus diesem Grunde vorgenommen. Diese Steuersenkungsaktion hat noch nachträglich die Billigung der Wirtschaftspartei gefunden. Dr. Reinhold habe erkannt, daß dem Mittelstand geholfen werden muß, wenn dieser wieder auf die Beine kommen soll. Eine Aenderung und eine wirtschaftliche Gesundung könnte nur durch eine Verbilligung des Geldes eintreten. Alle die Erfolge, die nach dieser Richtung hin zu verzeichnen sind, haben wir dem demokratischen Finanzminister Dr. Reinhold zu verdanken. Abgeordneter Kniest behandelte im Anschluß daran eingehend die Arbeiten, die die demokratische Landtagsfraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus im Interesse des Mittelstandes unternommen hat. Es sind dieselben Fragen, die Abgeordneter Kniest bereits in einer Magdeburger Versammlung dargelegt hat. Wir sehen deshalb davon ab, weitere Ausführungen zu machen. Wir haben in unserer Sonderausgabe **„Mittelstand und Staat"** uns eingehend zu dieser Arbeit der demokratischen Landtagsfraktion geäußert. Interessant war ferner die kritische Bemerkung des Redner zum **Städtebaugesetz** u. zum **Städteordnungsgesetz.** Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Der Vorsitzende Legerlotz dankte dem Vortragenden für seinen guten Vortrag. Die Aussprache war sehr umfangreich und Abgeordneter Kniest hat alle an ihn gerichteten Fragen zur Zufriedenheit beantwortet.

Kreis Jerichow I. Die Kleinbahnen werden umgebaut. Der Provinziallandtag hat folgenden Beschluß gefaßt:

Die Provinzialverwaltung zu ersuchen, zum nächsten Provinziallandtag eine Vorlage über den Umbau der Kleinbahnen des Kreises Jerichow I auszuarbeiten und während des laufenden Jahres die Planbearbeitung nach Möglichkeit zu beschleunigen.

Wie wir erfahren, sind die Vorarbeiten soweit erfolgt, daß die Pläne für die Teilstrecken **Burg—Ziesar, Ziesar—Magdeburgerforth und Loburg—Gommern** dem Regierungspräsidenten zur landespolizeilichen Prüfung vorgelegt werden können.

Seehausen i. Altm. Am Donnerstag, den 24. Februar, hielt die Ortsgruppe Seehausen der Deutschen Demokratischen Partei einen Vortragsabend ab, zu dem die Mehrzahl der hiesigen Gewerbetreibenden persönlich eingeladen war. Redner des Abends war unser Landtagsabgeordneter Bäckermeister Hourtz, der einen hochinteressanten Vortrag hielt. Er behandelte vor allem die Gewerbesteuer, an deren Novelle Abgeordneter Hourtz persönlich mitgearbeitet hat. Ferner wurde die Hauszinssteuer behandelt sowie die Freigabe der gewerblichen Räume. An dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine längere sehr interessante Aussprache. Es wäre wünschenswert gewesen, daß alle Eingeladenen diesen sachlichen Vortrag mitangehört hätten, denn er brachte unendlich viel Neues und Aufklärungen für die Kreise des Mittelstandes. Im Laufe des Monats März findet wieder ein Vortragsabend statt, zu dem voraussichtlich Regierungsrat Pautsch-Magdeburg das Referat übernimmt.

Quedlinburg. Die hiesige Ortsgruppe hatte auf letzten Mittwoch wieder zu einem Vortragsabend nach dem „Bunten Lamm" eingeladen. Vor der gut besuchten Versammlung sprach der Stadtverordnete Dürre-Magdeburg über „Sorgen des gewerblichen Mittelstandes". Der Redner begann seine Ausführungen mit den Worten eines französischen Politikers: „Man kann wohl ein Volk eine kurze Zeit in der Dummheit erhalten, man kann auch einen einzelnen Mann in der Dummheit erhalten, aber man kann ein ganzes Volk nicht dauernd in der Dummheit erhalten." Redner schilderte dann die Verhältnisse in der Nachkriegszeit, wie die Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes nicht wußten, welcher politischen Partei sie sich anschließen sollten. Kritisch betrachtete sodann der Redner eine Aeußerung des Reichsaußenministers, wonach eine „leichte Besserung der wirtschaftlichen Lage eingetreten sei". Der Vortragende wies auf die schwere wirtschaftliche Lage hin, die durch die stark passive Handelsbilanz entstanden sei. Im letzten Monat weiser der Reichshaushaltsplan wieder einen Ausfuhrüberschuß von 300 Millionen Mark auf. Es müsse alles getan werden,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270305-15/fragment/page=0007

um den Export zu heben und andererseits müßte sich das deutsche Volk Beschränkungen auferlegen, damit die Einfuhr von Früchten, Gemüsen usw. zurückgehe.. Beklagenswert sei die fortwährend steigende Kurve der Erwerbslosenstatistik. Die Wohnungsnot und die Erwerbslosenfrage seien aktuelle Fragen des Mittelstandes. Eine Besserung der Lage des gewerblichen Mittelstandes sei abhängig von der befriedigenden Lösung dieser Fragen. — Eingehend beschäftigte sich der Redner mit der Gewerbesteuer, dem Arbeitszeitgesetz und der Berufsausbildung. Eine bessere Gewerbeordnung müsse angestrebt werden. Von größter Wichtigkeit sei die Belebung der Bauwirtschaft. Sodann erörterte Redner die Fragen des Kanalbaues, die Schädigungen des gewerblichen Mittelstandes durch Kommunalbetriebe und schließlich zeigte Redner Mittel und Wege, wie ein Ausgleich herbeigeführt werden kann, wenn die Steuern ermäßigt würden. Der Vortragende erntete reichen Beifall für seine trefflichen Ausführungen, denen sich eine Aussprache anschloß.

Cöthen (Demokratischer Klub). Johann Heinrich Pestalozzis Stellung zur französischen und schweizerischen Revolution, so hieß das Thema, welches sich der Vorsitzende des Klubs für seinen Vortrag gestellt hatte, den er am 28. v. Monats gelegentlich des Klubabends hielt. Der Redner, Studiendirektor Lohmann, M. d. L. hatte damit einen sehr glücklichen Griff getan. Während in den letzten Wochen Pestalozzi der Allgemeinheit als Schulmann und Pädagoge vor das geistige Auge geführt wurde, stellte Abg. Lohmann eine Seite dieses Mannes in den Vordergrund, die leider sehr wenigen bekannt ist. Der Vortragende behandelte Pestalozzi als Politiker und Revolutionär und bemerkte einleitend, daß es früher, wo Fürsten und andere Potentaten herrschten, natürlich verpönt war, den Mann von seiner politischen Seite zu zeichnen. Es gibt keinen großen Philosophen, der nicht für **die Freiheit** und **den Fortschritt** eingetreten wäre, so etwas wurde früher der Menschheit absichtlich vorenthalten. Pestalozzi war dreimal schweizerischer Deputierter, seine politische Tätigkeit fehlt in der Literatur, und das wenige Vorhandene ist nur einem kleinen Zirkel bekannt. Als Politiker hat er nicht aufgewühlt, nicht gehetzt, aus seinen politischen Schriften sprüht der Geist des Fortschritts und ein freiheitlicher Drang. Er griff rücksichtslos dasjenige an, was ihm reformbedürftig erschien und wies auf die zerrütteten Zustände des damaligen Staatslebens hin. Wie einer seiner Zeitgenossen, Guthsmuths, der Vorläufer des Turnvaters Jahn, die Fürsten als Schröpfköpfe des Landes bezeichnete, so kämpfte Pestalozzi gegen das damalige Finanzsystem seines Heimatlandes. **„Liebes Volk, ich will dir aufhelfen!“**, unter diesem Leitmotiv trat er in den politischen Kampf. Sein Herz schlug immer für die Armen und Bedrückten. Seine revolutionären Schriften wiesen heilende, ausgleichende und versöhnende Aufsätze auf. Sein Wirken galt auch der Einheit der Schweiz. Bedeutungsvoll ist hier ein Brief, den er an den Freiherrn vom Stein geschrieben hat. Das Original liegt in Zürich. Der Brief ist ein offenes Wort an einen offenen Deutschen. Pestalozzi hatte wenig gute Meinung von den Fürsten. Er wandte sich gegen die Selbstsucht dieser Stände, auch von Napoleon I. sprach er nicht mit hoher Achtung. In seinen revolutionären Schriften nimmt er Anteil an der französischen Revolution, er greift auf allen Gebieten des nationalen Lebens ein. Aus Dankbarkeit wird er zum Bürger Frankreichs ernannt, er erhielt also dasselbe Bürgerrecht, wie Schiller und Klopstock. Der Vortragende macht die Zuhörer nunmehr mit einer Anzahl politischer Aufsätze, Zeitungsartikel, Flugschriften, Aufrufe u. dergl. bekannt, welche Pestalozzi geschrieben hat. „An Helvetiens Volk.“ Ein Weckruf an das Schweizer Volk zeigen seine deutliche Sprache. Er bezeichnet sich selbst als „alten Republikaner“ und, was besonders bezeichnend ist, er tritt schon 6 Jahre vor dem Beginn der schweizerischen Revolution auf und wendet Worte an, die schließlich nur ein Mann seiner Art wagen durfte, der seinem Volke etwas geben kann. Pestalozzi hat sowohl die französische wie auch die schweizerische Revolution begrüßt, die Auswüchse der Bewegung hat er verdammt. Er setzt sich ein für Eintracht und für die republikanischen Tugenden. Vom Redner wurde noch bemerkt, daß es notwendig sei, die Gedankenwelt dieses Mannes in der heutigen Zeit wieder auferleben zu lassen. Der ganze Mensch Pestalozzi war Erziehungsgeist, was er vor mehr als hundert Jahren sagte, gilt zum großen Teile auch noch heute. Studienrat Dr. Lohmann schloß unter lebhaftem Beifall mit der Hoffnung, daß auch der Politiker Pestalozzi noch weiteren Kreisen bekannt würde.

Einige Parteifreunde sorgten in der Pause für gesangliche und musikalische Unterhaltung. Dann wurden vom Vorsitzenden verschiedene Tagesfragen zur Aussprache gestellt. Zum „Fall Hölzke“ sprach der Schriftführer Herr Thon. Er begrüßte es, daß endlich einmal die Regierung des Freistaates Anhalt unter den Beamten durchgreift, die den heutigen Staat verachten. Der Justizobersekretär Hölzke beim Amtsgericht in Bernburg hat den heutigen Staat als Saustall bezeichnet, sich auf offener Straße herumgeprügelt, beleidigende Aeußerungen über den ersten Reichspräsidenten getan, sich Urlaub unter Vorspiegelung falscher Tatsachen verschafft, anstatt sich zu erholen, bei der schwarzen Reichswehr Dienst getan. In Wörlitz sollte er im Gasthaus die Zeche nicht bezahlt haben. Die kürzlich stattgefundene Verhandlung vor dem Anh. Disziplinargericht in Dessau ließ diesen Beamten in keinem guten Lichte erscheinen Das Urteil lautete auf **Dienstentlassung.** Er fand noch milde Richter, im ersten Jahre erhält er 90 Prozent, in den folgenden 2 Jahren 50 Prozent seines Einkommens für den Uebergang. Der Debatteredner bemerkte: „Verständlich wirkt dieses Urteil bei denen abschreckend, die noch nicht zum heutigen Staate stehen. Wenn dieses eine Exempel noch nicht genügt, so werden hoffentlich noch andere folgen.“

Graf Seidlitz-Sandreczki,
unter dessen Vorsitz die wieder zu lebende Deutschkonservative Partei tagte, die die von den Deutschnationalen angenommenen Republik-Richtlinien verwirft.

Dann wurde das unqualifizierbare Verhalten eines Abgeordneten im anhaltischen Kirchenparlament, der der kirchlichen Rechten angehört, besprochen, der einen im hohen Lebensalter stehenden verdienten Mann, der freiheitlich denkt, mit **Schlägen** gedroht hat. Zum Schluß besprach man noch Reichswehrfragen und billigte die Haltung unserer Parteiführer. C. Th.

Eingegangene Gelder: L. H.-Schackensleben 10 Mk.; H. B.-Magdeburg 8,25 Mk.; J. A.-Neuhaldensleben 4,15 Mk.; L. F.-Sandbeiendorf 5 Mk.; St. R.-Magdeburg 6 Mk.; O. Sch.-Gerwisch 5 Mark.

Bezirk Halle.

Wir bitten
unsere Mitglieder in Halle, deren Wohnungsverhältnisse es erlauben, einen auswärtigen Parteifreund als Gast aufzunehmen, um Ausübung dieser Gastfreundschaft an unserem am 19. und 20. März in Halle stattfindenden Wahlkreisparteitag.
Unsere Geschäftsstelle, Leipziger Straße 21 nimmt die Anmeldungen entgegen und wird auch die Zuweisung der auswärtigen Parteifreunde an die Gastgeber veranlassen.
Der geschäftsführende Vorstand.

Halle. Anläßlich von Anfragen, die uns zugingen, möchten wir betonen, daß die Zusage unseres Parteiführers Herrn Reichsminister a. D. Koch zu unserem Wahlkreisparteitag im ganz bestimmter Form vorliegt. Herr Koch wird, wie auch an anderer Stelle ersichtlich, zunächst am 19. März abends 8 Uhr im großen Wintergartensaal in Halle sprechen. Wir halten es für selbstverständlich, daß an dieser Veranstaltung **alle Hallenschen Mitglieder teilnehmen**, sofern sie nicht durch Krankheit an der Beteiligung verhindert sind. Bei der starken Inanspruchnahme unseres Führers für demokratische Kundgebungen in allen Großstädten bedeutet die Zusage des Herrn Koch an Halle ein großes Entgegenkommen. Danken wir ihm also dadurch, daß **alle Hallenschen Demokraten — Männer und Frauen — an diesem Abend zur Stelle sind.** Für die eingeschriebenen Parteimitglieder muß die Beteiligung an der öffentlichen Kundgebung am Sonnabend abend eine Ehrenpflicht bedeuten. Der Eintritt zu der Kundgebung ist frei.

Herr Koch bleibt aber auch ebenso bestimmt zu den Verhandlungen des Parteitags am Sonntag, die im großen Saal des Neumarkt-Schützenhauses stattfinden, hier. **Zu diesen Verhandlungen haben alle organisierten Parteimitglieder — Männer und Frauen — als Gäste Zutritt.** Wir erwarten auch hierfür eine starke Beteiligung. Herr Minister a. D. Koch wird im Rahmen der Tagesordnung über die politischen Spannungen in der äußeren und inneren Lage sprechen. Seine Ausführungen werden für den vertrauten Kreis der Parteimitglieder berechnet und deshalb von besonderem Interesse sein. Auf der Tagesordnung stehen neben den geschäftlichen und organisatorischen Angelegenheiten:

1. Vortrag des Herrn Reichsminister a. D. Koch über die politische Lage.
2. Vortrag des Herrn Landtagsabgeordneten Studiendirektor Dr. Bohner-Magdeburg über „Preußische Kulturpolitik.“
3. Vortrag des Herrn Provinziallandtagsabgeordneten Landrat Dr. von Krause-Querfurt über „Verlegung der Provinzialverwaltung.“

Auch Herr Minister Dr. Schreiber ist anwesend und nimmt an den Verhandlungen teil.

An alle Parteimitglieder in Halle und im Bezirk ergeht also die Bitte:

Die Tage des 19. und 20. März gehören dem Besuch der Veranstaltungen der Partei!

Halle. (Ein schwerhöriger Horchposten.) Ueber einen niedlichen Zwischenfall, der sich auf dem demokratischen Reichsbauerntag in Braunschweig abspielte, schreibt uns ein Leser unseres Blattes: Zu der Sitzung am Sonnabend, den 29. Januar 1927 hatte sich ein früherer deutschnationaler Landtagsabgeordneter Hagemann aus Kramme eingeschlichen unter dem Namen Kahle aus Hildesheim. Trotzdem der Versammlungsleiter wiederholt und sehr nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die Verhandlungen nur für Parteimitglieder bestimmt seien, blieb Hagemann im Saale, bis er entdeckt und auf viel zu vornehme Art expediert wurde. — Die deutschnationale Partei scheint sich recht schwerhörige Leute als Horchposten auszusuchen.

Halle. Deutsch-Demokratische Frauengruppe. Am Donnerstag, den 10. März, abends 8¼ Uhr, im Restaurant „St. Nicolaus“ spricht Frau Justizrat Bennemann über „Eherechtsreform“. Wir bitten unsere Mitglieder um recht zahlreichen Besuch. Gäste sind herzlich willkommen.

Wahlkreisparteitag

am 19. und 20. März.

Die in Halle am **Sonnabend, 19. März,** abends 8 Uhr im **Wintergarten** stattfindende **öffentliche Kundgebung** mit unserem

Parteiführer
Reichsminister a. D. Koch

muß von allen Parteianhängern in Halle besucht werden. Außerdem muß schon jetzt jeder seine Bekannten und Freunde auf diese Gelegenheit, den demokratischen Führer zu hören, aufmerksam machen und zum Besuch der Veranstaltung veranlassen.

Der Abend muß zu einer

demokratischen Massenkundgebung

werden.

Wir erwarten auch, daß aus der näheren Umgebung Halles die Parteifreunde zur Stelle sind und Bekannte mitbringen

Eintritt zur Kundgebung frei.

Halle. Jungdemokraten. Unsere nächste Zusammenkunft findet Mittwoch, 9. März 1927, abends pünktlich 8¼ Uhr im Restaurant Nicolaus statt. Tagesordnung: 1. Vortrag Herr Generalsekretär J. Dornblüth über „Lebensfragen der Demokratie“. 2. Wahl des 1. Vorsitzenden. 3. Verschiedenes. — Wichtige geschäftliche Mitteilungen. Unsere Mitglieder sind zum Erscheinen verpflichtet! Gäste herzlich willkommen.

D. D. P. Ortsgruppe Weißenfels. Montag, den 7. März, abends 8 Uhr Monatsversammlung im „Sächsischen Hof“. Wegen wichtiger Tagesordnung bittet zahlreiche Beteiligung der Vorstand.

Naumburg. Ortsgruppe der D. D. P. Mittwoch, 9. März Vortrag des Landtagsabgeordneten Herrn Meicke über „Wirtschafts- und Siedlungsfragen“.

Delitzsch. Ortsgruppe der D. D. P. Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, Versammlung in der Linde. Redner: Herr Dornblüth-Halle über „Die Partei in der Opposition“.

Holzweißig. Die rührige Ortsgruppe Holzweißig der auf der letzten Vertretertagung in Halle gegebenen Anregung gefolgt und hat einen **politischen Stammtisch** gegründet. Die zahlreichen Unterschriften, die eine Parteigeschäftsstelle zugegangene Karte aufweist, lassen die rege Beteiligung der Parteifreunde in Holzweißig an ihrer neuen Einrichtung erkennen. Am vergangenen Dienstag abend hatte man die Stammtischrunde zu einem **Familienabend** unter Beteiligung der Frauen erweitert. Aus Halle nahmen Frl. Behse und Frl. Dornblüth an der Veranstaltung teil. Frl. Behse sprach hierbei über den zahlreich Erschienenen über die „Aufgaben der Frau in der Gemeinde“. Sie behandelte das Gebiet der Jugendpflege, der Fürsorgetätigkeit und Berufsschulfragen. Treffende Beleuchtung fanden auch Fragen des Wohnungsbaus und des Finanzwesens. Der Rednerin dankte starker Beifall. Musikalische und gesangliche Darbietungen sorgten dann für Unterhaltung. Der Verlauf des Abends hat viel zur Belebung des demokratischen Gedankens beigetragen. Man will diese Art des Zusammenkommens mit Gleichgesinnten beibehalten.

Werbung neuer Mitglieder
und
Verbreitung unserer Wochenschrift
ist die beste
und nachhaltigste Unterstützung
der Partei.

Anmeldungen nehmen entgegen:
Deutsche Demokratische Partei Magdeburg
Breiteweg 139/140
Deutsche Demokratische Partei Halle
Leipziger Straße 21.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270305-15/fragment/page=0008

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — **Bezugspreis:** 75 Goldpfennig monatlich zuzüglich 40 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verspätung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 10 Goldpfennig. — Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. — Anzeigenannahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser", Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — **Verlag:** Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. **Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. Fernsprecher Nr. 1277.**

Nummer 10 — **Halle (S.), 5. März 1927** — **3. Jahrgang**

Der Frieden in Waffen.

Der Krieg als Lehrmeister — Das heilige Mißtrauen — Frankreichs Sabotage — Festungen gegen Deutschland — Boncour und Painlevé — Die abgelehnte Washingtoner Konferenz — Japan dankt — England und Rußland — Uebersteigerte Grobheit — Russisches Spiel in China — Die Vorgänge im Baltenlande — Deutschland vermittelt nicht zwischen London und Moskau — Unterhaltungen in San Remo — Das Reichskonkordat — Zentrumsherrschaft — Annäherung an die bayrische Volkspartei — Das Reichsschulgesetz — Der siegreiche Partikularismus — Völkische Liebenswürdigkeiten — Industrielle Geldgeber — Mit Gott für König und Vaterland.

Der ewige Frieden ist ein Traum und auch nicht einmal ein schöner. So äußerte Moltke, der Feldmarschall. Man kann über den zweiten Teil dieses Satzes verschiedener Ansicht sein, und wir werden nicht gerade von einem Militär verlangen können, daß er für einen Idealzustand Verständnis hat, in dem das Heer zur Bedeutungslosigkeit verurteilt ist. Aber seine Zweifel an der Durchführbarkeit ihres großen Gedankens sind leider nur allzuberechtigt. Nach dem Weltkriege, der 12 Millionen Menschen frühe Gräber schaufelte und Ungezählte zu Krüppeln machte, hätte man eigentlich annehmen dürfen, daß die Menschheit in der Erkenntnis der Sinnlosigkeit blutiger Auseinandersetzungen erheblich vorgeschritten wäre. In der Theorie ist das auch der Fall. Niemals ist soviel von Abrüstung und Frieden gesprochen worden wie in unseren Tagen, und helfen waren wir von beiden so weit entfernt wie heute. Das Mißtrauen der Völker untereinander ist stärker, als die Furcht vor Waffengängen, die nach den letzten Erfahrungen niemandem etwas nützen und Siegern wie Besiegten gleichmäßig schwersten Schaden zufügen. Die Völker lassen sich leider von diesem Mißtrauen der Regierungen leiten und wagen selten mehr als einen schüchternen Protest gegen Vorlagen, die Unsummen verschlingen und auf die Dauer die Entwicklung zur Kultur und Fortschritt lähmen.

Ein Musterbeispiel ist Frankreich, das noch aus tausend Wunden blutet und mit seinen erschöpften Kassen wie mit seiner geschlachteten Jugend wirklich keine Veranlassung hätte, die Friedensbewegung zu sabotieren. Es hat zwar im Vertrage von Locarno die gewünschten Garantien erhalten und darf auf Grund schriftlicher Bestätigung hoffen, daß es bei dem gefürchteten Deutschenangriff, an den ein waffenloses Volk gar nicht denken kann, sofort die volle Bundeshilfe Englands und Italiens bekommt. Aber das Mißtrauen durchlöchert auch diesen Vertrag, auf den wir so stolz gewesen sind. Selbst die zerrütteten Finanzen hindern unsern westlichen Nachbarn nicht, gewaltig unerschwingliche Ausgaben auf sich zu nehmen, nur um die „wirkliche" Sicherheit der eigenen Kraft zu gewährleisten. Die neue Militärvorlage bringt zwar scheinbar eine Entspannung, da sie die Dienstzeit auf ein Jahr vermindert. In Wirklichkeit aber ist das eine neue Verstärkung. Bei zweijähriger Dienstzeit wäre es nicht möglich, das gesamte Volk militärisch auszubilden. Deshalb hat man sich zu diesem Opfer entschlossen. So werden die Kasernen alljährlich geräumt, um dem Nachschub Raum zu gewähren, man hat das Ausbildungspersonal wieder frei und braucht dafür nicht mehr an Geldmitteln als bisher. Frankreich führt die Bewaffnung der ganzen Nation durch und schafft durch den Hilfsdienst auch die Möglichkeit, waffenuntüchtige Männer und alle Frauen heranzuziehen. Der Sozialist Boncour sieht darin ein nachahmenswertes Beispiel, während wir ganz entgegengesetzter Ansicht sind.

Dieser merkwürdige Pazifist behauptet auch, durch die Bestimmungen, wonach für Heereslieferungen nur Selbstkostenpreise berechnet werden dürfen, sei der Kriegshetze der Kriegsgewinnler ein Riegel vorgeschoben. Das klingt wundervoll, trifft aber vorbei. Wenn einmal die Kanonen sprechen, ist jedes Land eine belagerte Festung, in der die Preise von selbst steigen. Mehr brauchen Munitionsfabrikanten und Lebensmittelwucherer wirklich nicht, um sich die Taschen zu füllen. Ueber einen anderen Punkt aber ist er schamhaft hinweggeglitten. Er hat uns nicht verraten, wie er über die neuen Befestigungen denkt, für die 7 Milliarden Franken, also rund 1 Milliarde Goldmark ausgeworfen werden. Dieses Versäumnis hat der Kriegsminister Painleve nachgeholt und in einem Interview seine Anschauungen zum besten gegeben. Painleve ist Radikalsozialist, gehört also einer linksstehenden Partei an. Man kann sich danach ungefähr vorstellen, welche Anschauungen erst in den rechtsgerichteten Kreisen bestehen. Hier wird mit kühler Gelassenheit zugegeben, daß sich das eigentlich alles gegen Deutschland richtet. Paris sei nur 100 Kilometer von der Grenze entfernt und daher immer bedroht. Also von deutscher Seite. Einen anderen Sinn kann das gar nicht haben. Aber Painleve wird noch deutlicher. Die Festungen in Elsaß-Lothringen seien alle gegen Westen gerichtet, das ist selbstverständlich, da sie damals dem deutschen Schutz gegen Frankreich dienten. Nur gab es in jenen Tagen keinen Völkerbund und keinen Locarnovertrag. Wir wissen nicht, was Briand zu diesen Aeußerungen seines Kollegen gesagt hat, aber sie sind ein etwas merkwürdiges Gepäck für die Reise nach Genf.

Dort findet außer der Tagung des Rates auch eine erneute Besprechung über die Abrüstung statt, auf der das Reich durch den Grafen Bernstorff vertreten sein wird. Uebertriebene Erwartungen also soll man nicht hegen. Deutschland könnte zwar dort einige Sprengbomben werfen. Es besitzt die Möglichkeit dazu, solche Bestimmungen des Versailler Vertrages, wonach unserer nun endlich anerkannten Abrüstung automatisch die der anderen zu folgen hat. Aber selbst, wenn wir diesen Standpunkt energisch zur Geltung bringen würden, wäre das Echo nicht zweifelhaft. Man will nichts davon wissen und streut lediglich mit den ganzen Unterhaltungen den Völkern Sand in die Augen. Bisher wurden jedenfalls nur solche Thesen gegen England, Amerika und Deutschland angenommen, die auf eine Sabotage hinausliefen.

Auch die Abrüstungskonferenz in Washington, die sich ausschließlich mit der Marine befassen soll, ist schon zu Mißerfolg verurteilt. England hat zwar die Einladung angenommen, ohne Begeisterung dafür zu zeigen, aber Frankreich und Italien haben abgelehnt, und nun erklärt plötzlich Japan, drei Mann am Tische seien zu wenig. Unter solchen Umständen habe es auch keine Lust zu erscheinen. Man wird wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß Tokio hier in heimlichem Einverständnis mit London handelt. Die Engländer besitzen eine ausgesprochene Geschicklichkeit, die Verantwortung immer an andere abzuschieben. Sie sind jederzeit zu Friedensaktionen bereit, sobald sie sich vorher vergewissert haben, daß nichts daraus wird. So haben sie es im Haag gehalten, wo die Deutschen ihnen die moralische Last abnahmen, so in Genf und nun wieder in Washington. Allerdings muß man ihnen zugestehen, daß sie sich jetzt in einer schwierigen Lage befinden. Außer Italien haben sie niemanden an ihrer Seite. Frankreich rüstet zu Lande gegen uns und zu Wasser gegen Groß-Britannien. Die Vereinigten Staaten treiben ihre eigene Politik und verschlucken Mittelamerika Stück für Stück. Sie halten die Fahne der Ideale hoch, ohne das Kassabuch zu vergessen.

Der schlimmste Gegner ist natürlich Rußland, dessen Bestrebungen auf Weltrevolution in Europa aussichtslos sind — daran kann auch das Londoner Geschrei über Agitation in England selbst nichts ändern —, bolschewisieren aber Asien, was für die Westmächte viel unbequemer ist.

Parteifreunde,
vergeßt es nicht!

Werbet Mitglieder,
sendet Werbeanschriften ein.

Ganz gleich wie die chinesischen Wirren ausgehen, hat England diesen Markt verloren. Sein Handel ist in ständigem Abnehmen begriffen. Daher die Gereiztheit. Herr Chamberlain ist zwar für Vorsicht und wird dabei auch von Baldwin unterstützt, beide aber sind den Radikalen zum Schlage der Birkenhead, Amery und Churchill unterlegen. Eine kräftige Note wurde nach Moskau gesandt. Sie enthielt den Vorwurf der Heuchelei und Doppelzüngigkeit. Sie war ausgesucht grob, und ließ doch offenbar noch eine Steigerung zu, die Herr Litwinow in seiner Antwort auch sofort erklommen hat. Man kann es den Londoner Blättern nachfühlen, wenn sie von Unverschämtheiten reden, nur kommt es in der Politik auf das Ergebnis an. England hat sich zu einem vornehmen Schweigen entschlossen und wird die Note mit Nichtachtung bestrafen, während man in Moskau vermutlich darin einen ganz besonderen Triumph erblickt. Nimmt man noch hinzu, daß Rußland jetzt wieder in bessere Beziehungen zu Estland und Lettland tritt, während es dem polnischen Liebeswerben die kalte Schulter zeigt, und daß Warschauer Anregungen in Kowno eine kräftige Ablehnung erfuhren, so wird man dem diplomatischen Kampf am Baltischen Meer mit einiger Spannung entgegensehen dürfen.

Mit diesen Vorzeichen beginnt die Genfer Konferenz. Deutschland hat entschieden dementiert, daß es sich zum Vermittler zwischen England und Rußland hergeben werde. Das ist durchaus billigenswert, denn wir würden dabei nur zwischen zwei Feuer geraten, da keine dieser Mächte den ehrlichen Willen zu einer Verständigung mit der anderen hat. Auch ist Dr. Stresemann mit Arbeiten überhäuft. In seinem Hotel in San Remo haben zahlreiche Unterhaltungen stattgefunden. Der frühere englische Botschafter in Berlin, Lord D'Abernon, hat bei ihm vorgesprochen, natürlich nur privatim, wie das immer der Fall ist, die deutschen Diplomaten von Hoesch aus Paris, von Neurath aus Rom und unser Gesandter am Vatikan waren bei ihm. Selbverständlich galt es den Vorbereitungen für die Tagung und hat nichts Auffälliges an sich. Anders steht es allerdings mit Herrn von Berger. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß der deutsche Vertreter bei der Kurie mit dem Reichsaußenminister über das Konkordat gesprochen hat. Und damit sind wir bei der inneren Politik angelangt.

Schon in der nächsten Zeit werden die Kulturfragen in den Vordergrund drängen. Es sind alle Vorbereitungen dafür getroffen worden. Das Zentrum hat die Leitung der Kulturabteilung im Reichsinnenministerium erhalten, dessen Aufgabe es ist, das Reichsschulgesetz zu entwerfen. Ueber seinen Inhalt braucht man sich danach keinen Illusionen mehr hinzugeben. Die Deutschnationalen werden schlucken, was von ihnen verlangt wird, nur um an der Macht zu bleiben. Die Deutsche Volkspartei kommt allerdings in arge Gewissensnöte. Es gibt dort zwar Abgeordnete, die schon heute triumphierend erzählen, man würde das Gesetz unbesehen annehmen, aber es handelt sich dabei um Männer, die durch keine liberale [illegible] ebertritt zur äuß[illegible] würde. Die Par[illegible] lig ihre eigenen [illegible] en ihrer Anhänge[illegible] er wohl auf der [illegible] Partei am 19. [illegible]

Die [illegible] um und Bayerisch[illegible] ederver-einigung [illegible] Unter-schied au[illegible] ber steht zwischen [illegible] r. Bei der Geg[illegible] auf das starre St[illegible] wird die Entw[illegible] ist tot und sein [illegible] ng hat schon jetz[illegible] en son-derbaren [illegible] es Zen-trumsabg[illegible] gehende Schlüsse [illegible] l partik-ularistisch[illegible] Volks-partei arg[illegible] in der „Welt a[illegible] ammen-schluß der [illegible] einsame Abwehrfr[illegible]

Auch [illegible] ressant. Die völli[illegible] zeichnet ihres Da[illegible] ch allen Seiten verflüchtigt. Schade darum ist es nicht. Es wurde etwas lebhafter beim Sterben als man früher annahm. Die gegenseitigen Enthüllungen sind allerliebst, auch in der massiven äußeren Form. Dabei erfahren wir von Herrn von Ramin, daß Hitler von Großindustriellen sein Geld erhalten hat. Er erwähnt ausdrücklich ohne Namensnennung einen bekannten Berliner Politiker. Schade, daß der „Lokal-Anzeiger" in solchen Dingen so verschlossen ist, sonst könnten wir vielleicht noch nachträglich den Namen hören. Ernster zu nehmen ist die Auseinandersetzung innerhalb der Deutschnationalen Partei. Die Konservativen rühren sich und haben ihre Selbständigkeit scharf unterstrichen. Mit Gott für König und Vaterland. Das ist bitter, eben erst haben Hergt und von Keudell den Eid auf die republikanische Verfassung geschworen und dabei die Billigung der Fraktion gefunden. Unüberwindbar stehen die Gegensätze nebeneinander. Der nächste Parteitag kann ganz amüsant werden.

Richard May.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270305-15/fragment/page=0009